

Wahlaussage
zur Bürgerschaftswahl 1982
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hamburg

(Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag
am 13./14. November 1981)

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-4349
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-340

F. D. P.

WAHLAUSSAGE ZUR
HAMBURGER BÜRGERSCHAFTSWAHL
AM 6. JUNI 1982

A.	ÜBERBLICK	
	AUSGANGSLAGE UND PROBLEME	1
B.	FREIHEITSRÄUME BEWAHREN UND ERWEITERN	
	LIBERALE SCHAFFEN PLATZ FÜR EIGENINITIATIVE	6
	I. BÜRGERRECHTE AUSBAUEN	6
	II. GEGEN FILZ UND BÜROKRATIE	8
	III. PARLAMENT STÄRKEN	8
	IV. STAATSMACHT BÜRGERFREUNDLICH EINSETZEN	9
	V. RECHTSSTAAT STÄRKEN	10
	VI. PRIVATE INITIATIVE FÖRDERN	11
	VII. MEHR RECHTE FÜR DIE BEZIRKE	12
C.	SELBSTVERANTWORTUNG UND SELBSTHILFE FÖRDERN	
	LIBERALE WIDER DIE STAATLICHE AUFGABENFLUT	14
	I. SANIERUNG DER HAMBURGISCHEN FINANZEN MIT KLAREN PRIORITÄTEN	14
	II. STELLENVERMEHRUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST VERMEIDEN; VERSCHWENDUNG STOPPEN; ÄMTERFILZ OFFENLEGEN	15
	III. KEINE ERHÖHUNG DER STEUERN, ABBAU DER SUBVENTIONEN	18

D.	UMWELT, WIRTSCHAFT UND ARBEIT, LIBERALE SCHÜTZEN UND GESTALTEN DIE LEBENSGRUNDLAGEN	21
I.	SICHERUNG DER NATÜRLICHEN GRUNDLAGEN	22
	Umweltbewußt planen	22
	Gewässer entlasten - Wasserhaushalt sichern	23
	Eingriffe in den Naturhaushalt reduzieren	25
II.	SICHERUNG DER MATERIELLEN LEBENS- GRUNDLAGEN	27
	Außenhandel, Hafen, Seeverkehr	28
	Gewerbeansiedlung, Industrie und Mittelstand	30
	Energie	33
	Verkehr	35
III.	RECHT AUF ARBEIT ALS SOZIALES GRUNDRECHT	38
IV.	SICHERUNG DER WOHNUMWELT	41
	Der Wohnungsbestand, eine Handlungs- grundlage für soziale Mietpolitik	42
	Mieten: Der Markt muß wieder funktio- nieren - die sozial Schwachen dürfen nicht auf der Strecke bleiben	43
	Altbauinstandsetzung, Altbaumoderni- sierung und Verbesserung des Wohn- umfeldes	45
	Stadtentwicklungspolitik - Für über- schaubare Nachbarschaften	48
E.	BILDUNG: LIBERALE FÜR VIELFALT IN SCHULE, HOCHSCHULE UND BERUFSBILDUNG	52
1.	ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN	52
	Überschaubare Schulen, kleine Klassen	53
	Vielfalt des Bildungsangebots sichern Eigenverantwortlichkeit der Schule stärken	

	<u>Seite</u>
Mehr Öffentlichkeit für die Schulen - Mitwirkung von Eltern und Schülern	55
Eine ausgewogene Grundbildung sichern	55
Unterrichtsausfall beenden	56
Situation der Behinderten verbessern	56
Probleme der Hochbegabten erkennen	57
Gesellschaftliche Integration aus- ländischer Kinder sichern.	57
Lehrer: Beruf - nicht Job	57
II. BERUFLICHE BILDUNG	59
Berufsorientierung sicherstellen	59
Berufsvorbereitung den Bedürfnissen anpassen	60
Berufliche Grundbildung ausbauen	60
Berufsausbildung verbessern	61
III. WEITERBILDUNG	62
IV. HOCHSCHULEN	63
Studienreform beschleunigen	64
Universität für mehr Bürger öffnen	64
Studiengänge Fach- und hochschulüber- greifend gestalten	65
Hochschulen entbürokratisieren	65
BAFÜG regelmäßig anpassen	66
UNI Harburg weiter aufbauen	66
F. KULTUR UND MEDIEN:	67
LIBERALE SICHERN FREIRÄUME UND SCHAFFEN CHANCEN UND TEILHABE	
I. KULTUR: ZUSCHAUEN IST GUT, MITMACHEN IST BESSER	67
Kulturpolitik als Kulturförderung	68
Kulturpolitik als Künstlerförderung	71
Kulturpolitik als Angebot zur Kommunikation	72
II. NEUE MEDIEN: KABELANSTALT UND "OFFENER KANAL"	74

	<u>Seite</u>
G. DAS LEBEN FREI GESTALTEN	75
LIBERALE ALS GARANTEN DER SELBSTVERWIRKLICHUNG	
I. FAMILIARES ZUSAMMENLEBEN IN ALTEN UND NEUEN FORMEN	75
II. FRAUEN UND GLEICHBERECHTIGUNG	76
III. KINDER HABEN ANSPRUCH AUF EINE KINDGERECHTE UMWELT	79
IV. DER JUGEND MIT VERTRAUEN BEGEGNEN	80
V. DAS ALTER AKTIV ERLEBEN	84
VI. DEN BEHINDERTEN MITBÜRGERN HELFEN	86
VII. HOMOSEXUELLE AKZEPTIEREN	87
VIII. AUSLÄNDER: LEBEN MIT DEM KOFFER IN DER HAND ?	87
IX. GESUNDHEIT: GEGEN DIE FLIESSBANDMEDIZIN	89
X. GEGEN DAS ELENDE DER PSYCHIATRIE VON GESTERN	91
XI. SPORT, SELBSTVERWIRKLICHUNG OHNE BEVORMUNDUNG	94

A. ÜBERBLICK: AUSGANGSLAGE UND PROBLEME

Erstmals nach dem Krieg muß ein Wahlprogramm zu einer Bürgerschaftswahl berücksichtigen, daß von einem Wachstum in bisher gewohnter Höhe Abschied genommen werden muß. Bisher ging man davon aus, daß die Einnahmen bei Bürger und Staat ständig wuchsen. Politische Ziele, sei es nun in der Bildungs-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik, konnten mit den jährlichen Wachstumsraten erfüllt werden. Jetzt ist politisch Wünschenswertes jedoch nur noch zu verwirklichen, wenn auf anderes verzichtet wird.

Das Ende des bisher gewohnten Wachstums enthält aber auch große Chancen. Dies zu sagen, ist kein Mut der Verzweiflung. Vielmehr steht dahinter die Erkenntnis, daß das bisherige Wachstum uns neben echtem sozialen Fortschritt und vielen Annehmlichkeiten auch große Probleme (z.B. erhebliche Umweltzerstörungen) eingebracht hat.

Mehr als uns häufig bewußt ist, hat eine Oberbetonung materiellen Denkens die zwischenmenschlichen Beziehungen verarmen lassen. Schöpferische Fähigkeiten, individuelles Engagement und Risikobereitschaft sind gefordert, um wirtschaftliche und soziale Stabilität zu sichern.

Wir müssen lernen, auf Wünsche zu verzichten. Regierung und Parlament müssen den Mut aufbringen, Wünsche zu verweigern, auch wenn dies unpopulär ist. In Zeiten, in denen nicht jedes berechnete Anliegen mehr finanziert werden kann, muß durch klare Prioritätensetzung Zukunftsvorsorge betrieben werden. Der Einzelne muß

stärker als bisher in die Verantwortung genommen und daran erinnert werden, daß vieles ohne Staat durch Eigeninitiative besser gelöst werden kann.

Kein Altersheim ersetzt die eigene Familie. Kein staatliches Haus der Jugend macht den jungen Menschen so viel Spaß wie ein selbst organisiertes Jugendzentrum. Keine Planstelle bei einer Behörde kann die Einsamkeit eines Menschen verhindern - wohl aber der Nachbar.

Was brennt uns auf den Nägeln ? Immer mehr Menschen haben Angst vor der Zukunft. Viele empfinden den Frieden nicht mehr als sicher. Europa starrt von Waffen, auf deren Einsatz wir keinen Einfluß haben. Immer mehr Menschen fürchten, daß diese Waffen einmal eingesetzt werden könnten. Seit Jahren beweisen Wissenschaftler, daß die Menschheit auf dem Wege ist, sich durch Umweltzerstörung, Bevölkerungsexplosion und Raubbau an den Rohstoffen selbst umzubringen. Auch bei uns läßt die Vielzahl der Hiobsbotschaften Unsicherheit wachsen, ob die Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser überhaupt noch korrigierbar ist, welche Nahrung bereits gesundheitsschädigend wirkt, und ob die Risiken der Kernkraft gebannt und die Entsorgungsprobleme rechtzeitig gelöst werden.

Inmitten dieser Welt ist der Einzelne ein Rädchen im Getriebe. Dies kann zu Anonymität, Einsamkeit und Entfremdung führen. Gerade in einer Großstadt empfindet man das Sterben von Klein- und das Wuchern von Großorganisationen und -systemen besonders deutlich - sei es nun der Supermarkt, das Wohnsilo, der Großbetrieb oder die große Schule.

Die Bürokratie, die trotz rückläufiger Hamburger Bevölkerung weiter gewachsen ist, wird immer undurchschaubarer und engt den Freiheitsraum der Bürger oft unzumutbar ein.

Wir sind uns darüber klar, daß die Realisierung politischer Vorstellungen meist Geld kostet. Dies gilt auch für dieses Wahlprogramm. Solche Aussagen sollen durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Sofern das nicht möglich ist, zwingt uns die gegenwärtige Situation dazu, die Durchführung der Maßnahmen zu unterlassen.

Darüber hinaus gibt es aber auch eine Vielzahl von Reformen, die nicht zwangsläufig mit Mehrkosten verbunden sind. Diese Reformen - gerade in den Bereichen Rechtsstaat und Bildung - wird die F.D.P. in der kommenden Legislaturperiode verstärkt in Angriff nehmen.

Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Betroffen sind neben Jugendlichen besonders Frauen, ältere Arbeitnehmer und Behinderte. Die junge Generation gerade der starken Jahrgänge spürt sie darüber hinaus durch erhöhte Einschränkung bei ihrer Berufswahl. Die wenigen, die in dieser Situation mit Phantasie und Initiative eigene Existenzen gründen wollen, stehen häufig vor unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Die mangelnde Flexibilität in der Arbeitswelt läßt Mütter aber auch Väter immer noch nicht Familie und Beruf in Einklang bringen.

Trotz einer gewaltigen Wiederaufbauleistung deckt das Wohnungsangebot immer noch nicht den Bedarf. Der Neubau von Wohnungen stagniert. Kein Verständnis haben die Betroffenen, wenn trotzdem Wohnungen aus Spekulationsgründen leerstehen.

Die Schule ist zum Ärgernis geworden: genannt seien die rigorose Schließung oder die Umwandlung von Schulen, zuviel Stundenausfall und zu wenig kleine Klassen.

Kriminalität, psychische Störungen, insbesondere Alkohol-, Drogen- und Tablettensucht nehmen weiter zu. Dies zeigt an, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Lebensmut und Zufriedenheit sowie die Bindung an übereinkommene Werte abnehmen. Bei politischen Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft werden wir zunehmend mit Aggression und Gewalt konfrontiert.

Mangelnde Achtung vor der Persönlichkeit des Mitmenschen ist der Grund für die oft festzustellende Intoleranz gegenüber denen, deren Verhalten von den allgemeinen Normen abweicht. Neue Formen des Zusammenlebens werden diskriminiert.

Ausländische Mitbürger erfahren mit ihrem andersartigen Lebensstil Unverständnis bis Ablehnung. Sie drohen eine besondere Problemgruppe zu werden, wenn es nicht doch noch gelingt, der kulturellen und sozialen Orientierungslosigkeit vor allem der zweiten Gastarbeitergeneration zu begegnen.

Viele Bürger haben das Gefühl, daß die Parteien für alle diese Probleme keine überzeugenden Lösungen mehr finden, oder aber nicht mehr in der Lage

sind, richtig Erkanntes auch umzusetzen. Immer weniger Menschen sind bereit, sich in etablierten Parteien zu engagieren. Sie ziehen sich entweder in ihren privaten Bereich zurück oder - das gilt insbesondere für junge Menschen - schließen sich alternativen Gruppen an.

An dieser Entwicklung sind die Parteien nicht unschuldig. Durch allzu viele Gesetze und Verordnungen, unverständliche Sprache und mangelnde Kompromißfähigkeit ist die Kluft zwischen Bürgern und Politikern größer geworden. Liberale haben eine große Chance, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Bei der Lösung dieser Probleme setzt die F.D.P. auf den freien, verantwortlich handelnden Bürger und die nicht-reglementierten Kräfte der Gesellschaft innerhalb eines gesetzten Ordnungsrahmens.

Über die Vorschläge im einzelnen werden die nachstehenden Kapitel der Wahlaussage Auskunft geben.

B. FREIHEITSRÄUME BEWAHREN UND ERWEITERN LIBERALE SCHAFFEN PLATZ FÜR EIGENINITIATIVE

I. BÜRGERRECHTE AUSBAUEN

Viele Bürger fühlen sich vom Staat, auch von den Parteien, übergangen, staatlichen und nicht-staatlichen Bürokratien ausgeliefert, in ihrem Freiheitsraum eingeengt.

Infolge der Alleinherrschaft einer Partei in Hamburg ist die Verantwortlichkeit zwischen Parlament und Verwaltung verwischt worden. Hinzu kommt, daß in den einzelnen Politikbereichen zunehmend anonyme, demokratisch nicht legitimierte Kreise der Mehrheitspartei unkontrollierbar die Politik bestimmen. Dies führt immer wieder zu sachfremden Entscheidungen, demotiviert die Mitarbeiter in der Verwaltung und macht selbst durch Gesetz eingeräumte Mitbestimmungsrechte und Leistungsansprüche des Bürgers zunichte.

Immer mehr Bürger sind bereit, ihre Betroffenheit kritisch und konstruktiv zum Ausdruck zu bringen. Dies zeigt die wachsende Zahl von Bürgern, die sich durch Selbstorganisation ihrer Interessen Gehör verschaffen und mehr direkte Beteiligung im politischen und gesellschaftlichen Bereich fordern. Die Freien Demokraten stehen hinter dieser Forderung. Für uns beinhaltet die liberale Demokratie eine Vielfalt politischer Entscheidungs- und Beteiligungsformen. Entscheidungen, die zentral und von allgemeinverbindlicher Wirkung zu treffen sind, müssen zwar dem Parlament vorbehalten bleiben. Aber Aufgaben und Probleme, die dezentral behandelt werden können, erlauben die unmittelbare Beteiligung der Bürger.

Die F.D.P. fordert daher:

- Volksbegehren und Volksentscheid, denn wichtige Fragen sollten von der Bevölkerung selbst auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Einen Weg dazu bietet das Volksbegehren, bei dem Bürger sich in öffentliche Listen eintragen können und - wenn die Anzahl der Bürger groß genug ist - so das Parlament veranlassen, sich mit einer bestimmten Angelegenheit zu befassen. Ein anderer Weg ist der Volksentscheid, bei dem in einer allgemeinen Abstimmung über ein Problem entschieden wird. Die F.D.P. unterstützt diese beiden Möglichkeiten auch für Hamburg.
- Änderung des Wahlmodus: Die Wähler sollen die Möglichkeit haben, die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste der Partei zu verändern.
- Verbandsbeteiligung und Verbandsklage, um sicherzustellen, daß nicht am Bürger vorbeigeplant wird und die bestehenden Gesetze im Bereich des Umweltrechts auch in ausreichendem Maße von der Verwaltung vollzogen werden. Insbesondere möchte die F.D.P. die Verbandsklage für anerkannte Verbände im Bereich des Umweltschutzes durchsetzen. Denn bisher können nur einzelne Bürger, die in ihren individuellen Rechten (z.B. Eigentum) betroffen sind, Einwände gegen Planungsentscheidungen juristisch geltend machen. Gibt es solche Bürger nicht, bleibt die Natur rechtlich ungeschützt.
- Die Bestellung des Datenschutzbeauftragten soll durch das Parlament erfolgen.
- Die F.D.P. spricht sich für eine verfassungskonforme Ausgestaltung des Beamtenernennungsausschusses und des Richterwahlausschusses aus. Sie haben ihre Entscheidungen zu begründen. Die Entscheidung muß gerichtlich überprüfbar sein.

II. GEGEN FILZ UND BÜROKRATIE

- Verwaltung muß frei sein von Verfilzung; Eignung, Befähigung und Leistung - und nicht politische Willfährigkeit - müssen wieder Auswahlkriterien für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sein.
- Die Einführung von politischen Staatsräten ist fehlgeschlagen. Zur Gewährleistung der Kontinuität der Verwaltung sollen die beamteten Staatsräte wieder eingeführt werden.
- Um dem Gestaltungswillen der Bürger einen größeren Spielraum einzuräumen, muß das Gestrüpp von Verordnungen, fachlichen Weisungen und Vorschriften etc. gelichtet werden.
- Wirkungsvolleres Verwaltungshandeln: Die parlamentarische Untersuchung der Vorkommnisse um die Firma Stoltzenberg hat eklatante Schwächen in der Hamburger Verwaltung zu Tage treten lassen - insbesondere fehlt es an Ergebniskontrolle, an der Aus- und Weiterbildung vieler Bediensteter, an ihrer Mobilität, an der Übersicht über die Vorschriftenflut, an politischer Lenkung und Gesamtschau. Diese Mängel müssen konsequent abgebaut werden. Senat und Bürgerschaft müssen - gerade auch bei verringertem Personalbestand - der Qualität des Verwaltungshandelns in Zukunft ihr besonderes Augenmerk schenken.

III. PARLAMENT STÄRKEN

Aus der Hamburger Bürgerschaft muß eine effektiver arbeitende, bürgernähere Volksvertretung werden. Dazu fordert die F.D.P.:

- Eine schärfere Kontrolle des Haushalts. Dazu gehört das Rederecht für den Rechnungshofpräsidenten in der Bürgerschaft, das Recht des Parlaments, Prüfungsaufträge zu erteilen und das Recht jeder Bürger-schaftsfraktion, beim Landesrechnungshof eine bestimmte Prüfung zu beantragen.

- Die Prüfungsrechte des Landesrechnungshofes gegenüber Unternehmen, an denen die Freie und Hansestadt Hamburg mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist, sowie gegenüber Stellen außerhalb der Verwaltung, die von der Freien und Hansestadt Zuwendungen erhalten, sind auszubauen.
- Einführung eines Bürgerbeauftragten des Parlaments (Ombudsmann): Dieser soll nicht nur auf Beschwerden der Bürger, sondern auch von sich aus als ein soziales Frühwarnsystem allen gewichtigen Umständen nachgehen, die Bürger zur Staatsverdrossenheit Anlaß geben können. Dieser Bürgerbeauftragte soll nur der Bürgerschaft verantwortlich sein.

Schließlich tritt die F.D.P. dafür ein:

- In der Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen muß zur gerechteren Beteiligung von kleineren Parteien anstelle des bisherigen Verfahrens die Sitzverteilung so erfolgen wie bereits im Bundestaq üblich.

IV. STAATSMACHT BÜRGERFREUNDLICH EINSETZEN

Vielfach wollen - vor allem junge - Bürger bei Verfolgung ihrer berechtigten und verständlichen Anliegen sich selbst 'ihr Recht' verschaffen, etwa durch Besetzung leerstehender Häuser, die trotz Wohnraummangels als Spekulationsobjekte ungenutzt sind.

Die F.D.P. sieht, daß es sich hierbei um gesetzeswidriges Verhalten handelt, dessen Billigung den Rechtsstaat gefährden kann.

Gleichwohl darf es dann, wenn der Staat seine Machtmittel zur Durchsetzung des Rechts einsetzen muß, nicht allein um formale Korrektheit gehen. Vielmehr muß der Staat dem Bürger verstehend und respektierend gegenüberreten. Er muß auch stets darüber nachdenken, ob die bisher eingenommene Position politisch vernünftig ist und ob die Rechtsvorschriften reformbedürftig sind.

Mit einer solchen Grundeinstellung können staatliche Instanzen auf den Einsatz polizeilicher und anderer Zwangsmittel eher verzichten oder ihre Anwendung zumindest weiter einschränken. Dies erleichtert prinzipiell rechtstreuen Bürgern, den gesetzlichen Zustand wieder herzustellen, weil sie sich als Bürger ernst genommen und nicht auf ein kriminelles Gleis abgeschoben fühlen. Zugleich bietet diese liberale Politik die Chance zwischen kriminell motivierten Mitläufern und sozial begründeter Protestbewegung zu unterscheiden.

Bürgerfreundlicher Einsatz von Staatsmacht bedeutet auch die strikte Einhaltung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit der Mittel - auch und gerade bei polizeilichen Großeinsätzen.

- Die F.D.P. fordert weiterhin die Kennzeichnung von Polizeibeamten auch bei geschlossenen Einsätzen.
- Eine Behinderung der Berichterstattung über polizeiliche Großeinsätze darf nicht stattfinden.
- Polizeiliche Einsatzmittel wie CN-/CS-Gas oder Gummigeschosse lehnt die F.D.P. ab.
- Der Einsatz von Polizeihunden bei Demonstrationen wird abgelehnt.

V. RECHTSSTAAT STÄRKEN

Die F.D.P. fordert:

- Die Wiederherstellung des gefährdeten Rechtsfriedens durch Gerichtsentscheidungen in angemessener Zeit: Seit Jahren überschwemmt eine stetig anschwellende Prozeßflut die Hamburger Gerichte. Die Justiz ist in weiten Teilbereichen chronisch überbelastet. Folge dieser Überbelastung ist, daß immer mehr Bürger immer länger, teilweise jahrelang, auf Gerichtsentscheidungen war-

ten müssen, bis beispielsweise über die Berechtigung einer Mieterhöhung, die Höhe einer Rente oder die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses endgültig entschieden wird. Diese Entwicklung trifft Recht und Gerechtigkeit an der Wurzel. Wenn der Staat seiner Verpflichtung, Recht in einer angemessenen Zeit zu gewähren, nicht mehr überall nachkommt, die Überlastung der Gerichte mehr und mehr einer Rechtsverweigerung gleichkommt, dann ist der Rechtsfrieden und damit letztlich ein Grundpfeiler des Rechtsstaates in Hamburg in Gefahr.

Diesen Gefahren gilt es schleunigst zu begegnen. Die F.D.P. fordert daher rechtspolitische Initiativen Hamburgs auf Bundesebene mit dem Ziel, sämtliche Verfahrens- und Prozeßordnungen zu durchforsten, um zu erreichen, daß der Bürger schneller als bisher zu seinem Recht kommt. Was im westlichen Ausland ohne Einbuße an Rechtsstaatlichkeit funktioniert, muß auch bei uns möglich sein.

- Die F.D.P. Hamburg tritt ein für die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe. Freiheitsstrafe soll der Resozialisierung dienen; eine lebenslange Freiheitsstrafe vermag diesen Zweck nicht zu erreichen.

VI. PRIVATE INITIATIVE FÖRDERN

Die Unterhaltung von Kindertagesheimen, Alteneinrichtungen, die Behindertenfürsorge und die Betreuung von Frauenhäusern, der Transport Schwerbehinderter und die Durchführung regelmäßiger Kfz-Untersuchungen können zum Teil mit staatlichen Zuschüssen in gleicher Weise oder besser von privaten oder gemeinnützigen Organisationen betrieben werden.

- Öffentliche Dienstleistungen müssen aus der unmittelbaren Staatsverwaltung ausgegliedert werden: Stadtentwässerung und Stadtreinigung können als Wirtschaftsbetrieb ihre Wirtschaftlichkeit verbessern und wie Gas- und Wasserwerke direkt mit dem Bürger in Beziehung treten. Ebenfalls ausgegliedert werden sollen die Alten- und Pflegeheime aus der öffentlichen Verwaltung.
- Privatisierungsauftrag: Es muß geprüft werden, inwieweit sich unter den Voraussetzungen der Landeshaushaltsordnung, nach der sich die Freie und Hansestadt Hamburg gewinnwirtschaftlich nur betätigen soll, soweit nicht ein wichtiges staatliches Interesse vorliegt und sich der angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen läßt, der Hamburger Staat aus direkten und indirekten wirtschaftlichen Engagements zurückziehen kann.

VII. MEHR RECHTE FOR DIE BEZIRKE

Seit 1978 gilt ein neues Bezirksverwaltungsgesetz, das den Bezirken einige Befugnisse gebracht hat. Gleichwohl ist Hamburg immer noch eine zentral regierte Stadt. Im Sinne einer verstärkten Wahrnehmung von Aufgaben in den Bezirken und Stadtteilen fordert die F.D.P.:

- Die begonnene Übertragung von Aufgaben von der Landesebene weg zu den Bezirken ist fortzusetzen. Insbesondere Aufgaben wie:
 - die Grün-Planung auf der Ebene von Stadtteilen bzw. im Rahmen von Bebauungsplänen,
 - der Vollzug und die Objektplanung und -entwicklung der Forstverwaltung,
 - und die Abwicklung von Stadtentwicklung und -erneuerungsmaßnahmen sind "vor Ort" besser aufgehoben.

- Die Rechte der Bezirksversammlungen sind zu stärken: keinesfalls dürfen ihre Themen auf solche der Bezirksverwaltung beschränkt werden, denn der Bürger erwartet, daß die Abgeordneten im Bezirk sich mit allen anstehenden Fragen beschäftigen.
- Auf der Senatsebene soll der Interessenkonflikt zwischen einer Vertretung der Bezirke und der Umweltbehörde aufgehoben werden. Dazu sollte das Amt für Bezirksangelegenheiten in der BBNU selbständige Bezirksbehörde werden, ohne daß mehr Beamte eingestellt werden müssen.
- Die Fachbehörden sollen nicht länger die Selbständigkeit der Bezirke einengen, sondern sich auf die Überwachung der einheitlichen Ausführungen der gesetzlichen Aufgaben beschränken.
- Die Arbeit der Bezirksversammlung muß der Öffentlichkeit noch stärker zugänglich gemacht werden. Dazu könnten u.a. öffentliche Sitzungen ihrer Ausschüsse, aber auch regelmäßige Bürgerversammlungen auf Stadtteilebene dienen.
- Die den Bezirken überlassenen Finanzen sind sehr viel stärker als bisher global zuzuweisen, damit vor Ort innerhalb eines Sachgebietes Prioritäten gesetzt werden können.

C. SELBSTVERANTWORTUNG UND SELBSTHILFE FÖRDERN LIBERALE WIDER DIE STAATLICHE AUSGABENFLUT

Politiker, Parteien und Parlamente haben in den letzten Jahren irrtümlicherweise geglaubt, daß die steigende Wirtschaftsentwicklung der ersten Nachkriegsjahrzehnte anhalten könnte und daß gestützt darauf die staatlichen Ausgaben immer weiter ausgedehnt werden könnten. Die Liberalen haben in Bund und Ländern an dieser Entwicklung mitgewirkt, weil sie Chancengleichheit verwirklichen und Benachteiligungen ausgleichen wollten. Inzwischen haben wir gelernt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir wollen uns darauf besinnen, daß Selbstverantwortung und Selbsthilfe Garanten auch für das Wohlergehen unserer Gesellschaft sind.

Eine geordnete Finanzwirtschaft begründet die sichere Zukunftsentwicklung gleichermaßen in Staat und Familie. Obwohl niemand die weltwirtschaftliche Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft bestreitet, so müssen wir doch klar erkennen, daß ein Teil unserer staatlichen Finanzlage durch die überhöhten Staatsausgaben bedingt ist.

I. SANIERUNG DER HAMBURGISCHEN FINANZEN MIT KLAREN PRIORITÄTEN

Die Sanierung der hamburgischen Staatsfinanzen, insbesondere der Abbau der Staatsverschuldung, ist eine herausragende Aufgabe für die nächste Legislaturperiode. Die F.D.P. lehnt daher mit Entschiedenheit eine rein lineare Kürzung der Haushaltsmittel ab, sie setzt sich dafür ein, daß eine aufgabenorientierte Kritik an den Staatsausgaben vorgenommen werden soll.

Für die Hamburger Freien Demokraten hat die Verbesserung der Hamburger Haushaltslage Vorrang. Die Sicherung und Ausweitung der Arbeitsplätze, die Maßnahmen des Umweltschutzes und der Stadtentwicklung, der Ausbau des Bildungswesens und die Sicherung sozialer Hilfen sind nur bei einer geordneten Finanzwirtschaft möglich.

Die Steuerlastquote erlaubt keine Ausweitung. Wir wollen den Staatsanteil am Bruttosozialprodukt nicht erhöhen. Deshalb lehnen die Liberalen eine Erhöhung der Steuerlastquote ab. Die Staatsverschuldung muß begrenzt werden. Die Verbesserung unserer Haushaltslage muß daher vor allem durch Einsparungen auf der Ausgabenseite erfolgen.

Da der investive Teil der Staatsausgaben aus beschäftigungspolitischen Gründen auf Dauer nicht eingeschränkt werden kann und die Sachausgaben nur 25 % des Haushalts ausmachen, muß unbedingt im Personalbereich der entscheidende Sparansatz durch vernünftigen Aufgabenabbau gesucht werden.

II. STELLENVERMEHRUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST VERMEIDEN, VERSCHWENDUNG STOPPEN, KUMULIERTE OFFENLEGUNG

Bei strengem Maßstab für alle Aufgaben des Staates muß es möglich sein, eine Stellenvermehrung im öffentlichen Dienst zu vermeiden. Notwendige personelle Mehrbedarfe müssen durch stärkere Verminderung in weniger wichtigen Bereichen ausgeglichen werden.

Im einzelnen fordert die F.D.P.:

- Einsparungen von jährlich 1 Prozent der Personalstellen.
- Keine Stellenausweitung im Bereich der B-Be-soldung.
- Reduzierung des Planungsstabes des Ersten Bürgermeisters und Rückübertragung der Abtei-lung "Mifrififi" in die Finanzbehörde.
- Das Hamburgische Senatsgesetz wird in folgen- den Punkten geändert:
Senatoren erwerben frühestens nach 8-jähriger Mitgliedschaft im Senat einen Ruhegehaltsan- spruch, der dann 35 % der Senatorenbezüge be- trägt. Der Ruhegehaltsanspruch erhöht sich mit jedem weiteren Amtsjahr - wie bisher - um 3 % auf höchstens 75 %. Das Ruhegehalt wird frühe- stens mit Vollendung des 60. Lebensjahres fällig.
- Übertragung von Entscheidungsbefugnissen des Senatsamtes für Verwaltungsdienst auf die Fach- behörden, durch vernünftigen Aufgabenabbau.
- Auflösung des personalärztlichen Dienstes, für den es in anderen Bundesländern keine vergleich- bare Einrichtung gibt.
- Drastische Einsparungen vor allem im Aufsichts- und Gestaltungsbereich der Schulbehörde und Versetzung der dort tätigen Lehrer an die Schulen.
- Personelle Einschränkung der universitären Ver- waltung und Selbstverwaltung
- Verlagerung der Kindergeldzahlungen auf die Finanzämter

- Drastische Kürzung von Überstunden in nicht lebenswichtigen Bereichen
- Einschränkung der Nebentätigkeiten in der Dienstzeit, z.B. von Ärzten und Ingenieuren
- Wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, sollen Arbeiten aus dem Eigenbereich der Stadt ausgliedert und an Privatfirmen vergeben werden, z.B. die Naßbaggerei und Vergabe der Gebäudereinigung durch Ersatz ausscheidender Raumpflegerinnen durch Reinigungsfirmen, dabei muß sichergestellt sein, daß die Firmen tarifgebunden sind und die Sozialversicherung sowie das Betriebsverfassungsgesetz voll anwenden.
- Übertragung der Gehwegreinigung auf die Anlieger von Misch-, Kern- und Gewerbegebieten
- Novellierung des Hamburger Ruhegeldgesetzes. Dadurch soll erreicht werden, daß die Versorgungsbezüge 75 % des letzten Gehaltes nicht übersteigen.
- Reduzierung der Präsidial-Abteilungen der Bürgermeister und Senatoren auf einen persönlichen Referenten und einen Pressereferenten.
- Unternehmen im Besitz Hamburgs, die nicht als kommunale Versorgungsunternehmen soziale Gesichtspunkte berücksichtigen, müssen sich in ihren Tarif- und Preisgestaltungen an der Kostendeckung orientieren und sich marktgerecht verhalten.
- Regiebetriebe der Stadt, die nicht einer staatlichen Unternehmensform bedürfen, z.B. der Schlachthof, sollen privatisiert bzw. privatrechtlich organisiert werden.

- Bei zeitlich begrenztem Arbeitsanfall muß das vorhandene Personal umgesetzt werden. Neueinstellungen sind so zu vermeiden.
- Die mittelbaren und unmittelbaren wirtschaftlichen Aktivitäten des hamburgischen Staates sind regelmäßig und vollständig offenzulegen, desgleichen sind Ämter von politischen Funktionsträgern in Unternehmen Hamburgs jährlich offenzulegen.

Notwendige neue Stellen in politisch wichtigen Bereichen oder in publikumswirksamen Bereichen zur Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit sollen durch weitere Einsparungen ermöglicht werden.

III. KEINE ERHÖHUNG DER STEUERN, ABBAU DER SUBVENTIONEN

Im Einnahmehereich können auch ohne Erhöhung der Steuern zusätzliche Mittel aufgebracht werden, wenn die ungerechtfertigten Subventionen der letzten Jahrzehnte abgebaut werden. Ideologie ist keine Rechtfertigung für Subventionen.

Die F.D.P. fordert daher im einzelnen:

- Verstärkung der finanzamtlichen Betriebsprüfung durch Umschichtung des Personals.
- Der Liegenschaft wird aufgetragen, den Streubesitz der Stadt an Wohngebäuden, sofern Planungsgründe dem nicht entgegenstehen, zu verkaufen.
- Einzelhausgrundstücke können auch verkauft werden, wenn der Interessent es wünscht. Allen bisherigen

Erbpachtnehmern von Einzelhäusern wird die käufliche Übernahme ihrer Grundstücke angeboten, soweit stadtplanerische Gründe nicht entgegenstehen.

- Die Mieter von SAGA-Reihenhäusern können das von ihnen bewohnte Reihnhausgrundstück käuflich erwerben.
- Die Mieten im Althausbestand der SAGA und im verwalteten Bestand der Liegenschaft werden auf die jeweils unteren Werte des Hamburger Mietenspiegels erhöht.
- Die Erstbezugsmiete im sozialen Wohnungsbau wird auf DM 7,50 erhöht. Die Nachsubventionierung älterer Sozialwohnungen wird abgebaut. Die Hamburger Zusatzwohngeldregelung schafft für bedürftige Familien einen individuellen Ausgleich.
- Alle zwei Jahre ist ein Subventionsbericht zu erstellen, in dem auch über die Vergünstigungen an stadtabhängige Gesellschaften und Betriebe berichtet wird.
- Den Benutzern öffentlichen Grundes wird die Pacht entsprechend ihrem Nutzen erhöht, den sie aus der Mitbenutzung erzielen. Das gilt zum Beispiel auch für Kleingärtner oder Bootsverleiher auf der Alster.
- Firmen, die die von ihnen genutzten Grundstücke kaufen wollen, ist dieses zu ermöglichen. Im Hafengebiet bleiben Verkäufe ausgeschlossen.
- Einsparungen im Bereich des Kraftfahrzeugparks der Senatoren und Behörden sind möglich und notwendig.

- Erhöhung der Abgaben von Staatsbediensteten bei privater Nutzung öffentlicher Einrichtungen (Entgeltordnung).
- Überprüfung des Haushaltsrechts mit dem Ziel, unnötige Haushaltsrestausgaben am Jahresende zu vermeiden.

D. UMWELT, WIRTSCHAFT UND ARBEIT
LIBERALE SCHÜTZEN UND GESTALTEN DIE LEBENSGRUNDLAGEN

Für Liberale hat die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen Verfassungsrang. Diese Generation ist gegenüber der Zukunft verpflichtet.

Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik müssen deshalb stets einen gemeinsamen Weg finden, der die Notwendigkeiten des Hier und Heute mit jenen vereint, die auf das Morgen gerichtet sind. Wirtschaften ist nur sinnvoll und möglich, wenn die Gesundheit des Menschen geschützt und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Umweltpolitik muß aber wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten berücksichtigen.

Im Zweifel werden wir uns für das höhere Gut, nämlich die Bewahrung der Lebensgrundlagen für kommende Generationen und nicht für ein bequemes Leben heute entscheiden. Waren bisher Eingriffe in den Naturhaushalt um der Wirtschaft willen die Regel, so muß heute auch der Eingriff in Wirtschaftsbetriebe zum Schutz der Umwelt möglich sein.

Die Freien Demokraten wollen die Lebensqualität in der Stadt insgesamt sichern und verbessern. Sie wollen mit ihrer Politik erreichen, daß

- die natürlichen Lebensgrundlagen wie gesunder Boden, sauberes Wasser und reine Luft sowie die Tier- und Pflanzenwelt gesichert werden;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen nicht allein von der Wirtschaft verlangt werden, sondern alle Verursacher - Verkehr, private und öffentliche Verbraucher - mit umfassen,

- die Wirtschaft die materiellen Grundlagen für die sozialen Lebensnotwendigkeiten, Arbeitsplätze, Wohnraum, Altersversorgung, Bildung, Krankenversorgung zur Verfügung stellen kann;
- die Schaffung und Erhaltung von sinnvollen und langfristigen Arbeitsplätzen die Priorität der Wirtschaftspolitik hat;
- gewachsene Strukturen, z.B. Stadtquartiere, Nachbarschaften, Landschaften soweit wie möglich erhalten werden und notwendiger wirtschaftlicher und sozialer Wandel behutsam vorgenommen wird.

I. SICHERUNG DER NATÜRLICHEN GRUNDLAGEN

In Hamburg sind die natürlichen Freiflächen kleiner als die überbauten Flächen. Der Verbrauch von Naturgütern wie Wasser, Boden und Pflanzen wächst. Die natürlichen Regenerationsflächen nehmen ab. Abfallprodukte, Abwasser, Abluft und Lärm gefährden die Gesundheit. Monotonie im Landschaftsbild begleitet von mangelnder Artenvielfalt der Pflanzen und Tierwelt sowie die auf Massennutzung ausgerichteten und umweltbelasteten Grünflächen für Freizeit und Erholung verringern die Lebensqualität. Nutzungsentflechtungen in der Land- und Forstwirtschaft verstärken diese Problematik.

Im einzelnen fordert die F.D.P. für Hamburg:

Umweltbewußt planen

- Es ist ein 'Förderpreis der Stadt Hamburg' einzurichten, der der gezielten Ausnutzung umweltfreundlicher Produktionstechniken, der

rationellen Ausnutzung von Energie, der Vermeidung bzw. dem Abbau von Geruchs- und/oder Lärmbelastigungen dienen soll. Preisfähig sollen sowohl Anstrengungen von Betrieben als auch von Privatpersonen sein.

- Bei allen Entwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsmaßnahmen muß eine gründliche Planung und die gesetzlich vorgesehene Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Dabei sind die ökologischen Auswirkungen nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft zu berücksichtigen.
- Planungsunterlagen und Gutachten sollen vollständig der Öffentlichkeit zugänglich sein, damit die von den Liberalen geforderte und durchgesetzte Bürgerbeteiligung weiter verbessert werden kann.
- Diesem Ziel soll auch die von der F.D.P. geforderte Verbandsklage dienen, die im Bereich des Umweltschutzes anerkannten Verbänden des Naturschutzes zustehen soll.
- Die Behörden werden aufgefordert, das Vollzugsdefizit bei den Umweltgesetzen zu beseitigen. Eine Schädigung der Umwelt durch chemische Schadstoffe (wie HCH) ist zu verhindern.

Gewässer entlasten - Wasserhaushalt sichern

Die F.D.P. bekennt sich zum politischen Ziel, die Wasserqualität der Elbe bis 1990 auf einen Standard

zu heben, der die Entnahme zumindest von elbnahem Grundwasser für die Trinkwasseraufbereitung gewährleistet und den Verzehr von den in der Elbe gefangenen Fischen ermöglicht.

Die F.D.P. fordert deshalb die unverzügliche Erstellung eines Unterelbekonzeptes der drei Anrainerländer Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Bis zur Fertigstellung des Konzeptes sollen keine weiteren umweltschädlichen Industrieansiedlungen mehr zugelassen werden.

Auf die ČSSR und die DDR ist einzuwirken, ihrerseits die Belastung der Elbe abzubauen.

- Um die Abwasserbelastung der Elbe deutlich zu verringern, muß neben dem Weiterbau des Sammlersystems der Ausbau des Klärwerks Dradenau beschleunigt betrieben werden.
Unter anderem muß der Nebensammler Kuhmühle verlängert werden, um die Alster so zu sanieren, daß in ihr zum Ende dieses Jahrhunderts wieder gebadet werden kann.
- Notwendig ist ein sofortiges Schwermetall-Reduzierungsprogramm für die Hamburger Industrie.
- Mit Schwermetallen verseuchte Einleitungen in Gewässer werden in Hamburg nicht mehr zugelassen. Entsprechende Regelungen sind auf Bundesebene und im internationalen Bereich durchzusetzen.
- Das Mühlenberger Loch ist unter Naturschutz zu stellen. Eine eventuell notwendige und begründete Erweiterung von MBB sollte über den Ness-Kanal erfolgen.

- Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung und zum Abbau der Trinkwasserverschwendung ist es erforderlich, u.a. die Gebühren für Großverbraucher (z.B. private Schwimmbad-Besitzer) anzuheben; die Voraussetzungen für eine Einzelabrechnung in Geschößwohnungen zu prüfen; die Grundwasserentnahme und die Trinkwasserverwendung für industrielle Zwecke (z.B. Kühlen) schrittweise zu unterbinden; beim privaten Verbraucher daraufhinzuwirken, daß aufs Autowaschen mit fließendem Wasser und Rasensprengen verzichtet (stattdessen Regenwasser aufgefangen) wird; von der Ableitung ins Sielnetz allmählich wieder zur örtlichen Verrieselung des Regenwassers überzugehen. Nur so ist es möglich, auf die ökologisch nicht vertretbare Grundwasserentnahme in der Nordheide zu verzichten. Erste Schritte einer Trennung von Trink- und Brauchwasser sind bei großen Verbrauchern einzuleiten. Es ist zu prüfen, ob die Wassergewinnung durch eigene Brunnen für große Verbraucher weiter zulässig sein darf.

Eingriffe in den Naturhaushalt reduzieren

- Mit Schwermetallen verseuchter Hafenschlick darf in ökologisch empfindlichen Gebieten nicht abgelagert werden.
- Belastete Spülflächen dürfen nicht in einer Weise genutzt werden, die Schwermetalle in die Nahrungskette gelangen läßt.

- Wo es möglich und sinnvoll ist, sind naturbe-
lassene Flächen mit Wildwuchs zu schaffen und zu
erhalten.
- Das überflüssige Asphaltieren und Betonieren des
Bodens ist zu stoppen. Nicht mehr benötigte Flächen
sind vom Straßenbelag zu befreien, neue Radwege
sollen bevorzugt mit Grand-Belag angelegt werden.
- Industrie- und Gewerbeflächen sind verstärkt mit
Bäumen und mit Sträuchern aufzulockern und zu er-
gänzen, um einen Ausgleich für die Vernichtung
von Brachflächen zu schaffen.

- Eingriffe in den Naturhaushalt sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Es muß verhindert werden, daß immer wieder ehemalige Landschaftsschutzgebiete zur Industrieansiedlung genutzt werden (wie z.B. im Süderelberaum geschehen). Stattdessen sollten bestehende Industriegebiete intensiver genutzt werden.
- Bei der Müllbeseitigung ist dem Recycling Vorrang vor anderen Verfahren wie Verbrennung einzuräumen. Dementsprechend ist Recycling auch in Hamburg verstärkt zu fördern.
- Die bestehenden Genehmigungen für die Abgabe von Industrieabwässern und Abgasen in die Umwelt sind zu überprüfen und gegebenenfalls mit verschärften Auflagen zu versehen.
- Die Tierversuche sind durch eine restriktive Genehmigungspraxis und eine dafür einzusetzende unabhängige Kommission bis auf ein sicher nachweisbar notwendiges Minimum zu beschränken. Dazu ist ein Tierversuchregister einzurichten.

II. SICHERUNG DER MATERIELLEN LEBENSGRUNDLAGEN

Die Herausforderungen an die Wirtschaft wachsen. Technische Entwicklung und internationale Arbeitsteilung bedingen einen umfassenden Strukturwandel der Wirtschaft. Der Zugang zu den Rohstoffmärkten wird schwieriger; die Versorgung mit Öl und die Ölpreise belasten die Gesamtwirtschaft. Hamburg ist hiervon besonders betroffen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist bereits in den letzten Jahren relativ hinter vielen anderen Ländern in der Bundesrepublik zurückgeblieben. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten hat sich verringert. Rationalisierungen auch in

Dienstleistungsberufen werden in den kommenden Jahren viele Arbeitsplätze unsicherer werden lassen. Der Außenhandel wird belastet durch protektionistische Bestrebungen in vielen Ländern. Schifffahrt und Werften leiden unter Wettbewerbsverzerrungen. Der Förderung der Leistungskraft der Wirtschaft kommt in den nächsten Jahren eine besondere Bedeutung zu. Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Bereitstellung von ausreichenden und attraktiven Arbeitsplätzen für die Bürger der Stadt. Die Leistungskraft der Wirtschaft schafft die finanziellen Voraussetzungen, um sozialen Fortschritt, verstärkten Umweltschutz und mehr Lebensqualität finanzieren zu können.

Hamburg bietet als größte Industriestadt und größter Hafen des Bundesgebietes, als Zentrum der norddeutschen Küstenregion und als Sitz vieler Dienstleistungsbetriebe gute Voraussetzungen für eine ausgewogene Entwicklung der Stadt, wenn die vorhandenen Chancen konsequent genutzt werden.

Im einzelnen fordern Hamburg Liberale:

Außenhandel, Hafen, Seeverkehr

- Hamburg soll auch in Zukunft den freien Welthandel fördern und wirkt darauf hin, daß Protektionismus und Wettbewerbsverzerrungen im In- und Ausland unterbleiben.
- Hamburger Wirtschaftspolitik muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die seit Jahrhunderten bestehenden Verbindungen zu den Ländern Osteuropas und der Dritten Welt zu beidseitigem Nutzen verstärkt werden.

- Die Zukunftssicherung des Hafens ist eine der zentralen Aufgaben Hamburger Wirtschaftspolitik. Maßnahmen zur Hafenerweiterung sind frühzeitig zu planen. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die für die Umwelt erwarteten Folgen sind der betroffenen Bevölkerung gegenüber darzulegen und so zu vertreten, daß diese von Anfang an in den Planungsprozeß einbezogen wird und Korrekturen erwirken kann.

Die F.D.P. stimmt der Hafenerweiterung bis zur Autobahn A 7 als westlicher Grenze im Bereich Altenwerder und Moorburg zu. Weitere Gebiete westlich der A 7 sind nur einzubeziehen, wenn und soweit die Wirtschaftsbehörde schlüssig einen entsprechenden, notwendigen Bedarf nachweist.

Voraussetzung für diese Entscheidung im Interesse der Allgemeinheit ist eine angemessene Entschädigungsregelung. Für die Betroffenen in Moorburg fordert die F.D.P., daß über die zustehende Entschädigung hinaus den Wünschen zur Umsiedlung als Gemeinde mit staatlicher Hilfe nachgekommen wird.

- Im Hafen sind Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere marktbeherrschende Strukturen, abzubauen. Private Initiative sollte bei der Modernisierung vorhandener und dem Bau neuer Hafenanlagen genutzt werden. Alte Hafenanlagen, die wegen neuer Umschlagstechniken nicht bzw. kaum noch genutzt werden, sollen als Gewerbeflächen erschlossen werden.
- Doppelinvestitionen, z.B. durch den Bau von Konkurrenzhäfen im Unterebbebereich, sollen in Abstimmung mit den Nachbarländern verhindert werden.

- Hamburg muß die Bundesregierung veranlassen, geeignete Schritte gegen die Dumping-Politik einiger ausländischer Reedereien voranzutreiben.
- Geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Schifffahrt sind notwendig, um ein erforderlich erscheinendes Mindestmaß an deutschem Schiffsraum zu erhalten und weitere Ausflattung zu vermeiden. Alle Schiffe, die Hamburg anlaufen und unter den international üblichen Sicherheitsstandards fahren, sollen vermehrt auf die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen kontrolliert werden.
- Zur besseren und schnelleren Information aller am Wirtschaftsleben Beteiligter über die vielfältigen Maßnahmen der EG (Wirtschaftsförderung im Bereich Regionalpolitik, Forschungsförderung, Dritte Welt-Informationen u.v.a.m.) soll ein Presse- und Informationsbüro eingerichtet werden.

Gewerbeansiedlung, Industrie und Mittelstand

Hamburgs Wirtschaftspolitik der letzten Jahre ist dem Erfordernis nicht gerecht geworden, die von einer Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen geprägte Hamburger Wirtschaftsstruktur zu erhalten und auszubauen. Es erhöhten sich fast nur die Beschäftigtenzahlen in der Hamburger öffentlichen Verwaltung. Liberale sind der Auffassung, daß dies nicht der richtige Weg ist. Gerade angesichts einer starken ins Berufsleben drängenden jungen Generation müssen verstärkt Anreize zur selbständigen Niederlassung, zur Gründung und zur Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben gegeben werden, die auch

unkonventionelle Unterstützung einschließen. Mehr Chancen zur Selbstverwirklichung, Förderung von Kreativität und Risikobereitschaft sowie Stärkung der Eigeninitiative sind vorrangige politische Aufgaben. Eine breite Schicht Selbständiger in Handel, Gewerbe und freien Berufen garantiert zugleich Spielraum für wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit, ohne die gesellschaftliche Freiheit nicht möglich ist.

Insbesondere fordern Hamburgs Liberale:

- Die Bestandspflege für die in Hamburg ansässigen Unternehmen ist zu verbessern. Bürokratische Hemmnisse für Investitionen müssen abgebaut werden. Gewerbeflächen müssen in ausreichendem Umfange und zu vertretbaren Preisen bereitgestellt werden.
- Unternehmen wie die HEW, HGW oder HWW die begrenzt vorhandene Ressourcen vermarkten, wird die verbrauchsfördernde Werbung untersagt.
- Bei der Stadtentwicklungsplanung ist künftig die Gewerbeansiedlung im stärkeren Maße als bisher zu berücksichtigen. Hierzu bedarf es einer vorausschauenden und systematischen Grundstücks-, Vorrats- und Erschließungspolitik unter gleichzeitiger Berücksichtigung der ökologischen Bedingungen.
- Dem Wunsch der Betriebe nach Erwerb von Grundeigentum ist soweit wie möglich - mit Ausnahme des Hafens - zu entsprechen.
- Kleine Betriebe sind für die Wirtschaft Hamburgs unentbehrlich. Eine aufgeschlossene Wirtschaftspolitik muß sicherstellen, daß Handwerksbetriebe in allen Bereichen der Stadt erhalten werden können

und nicht durch Sanierungen und bürokratische Auflagen vertrieben werden. Darüber hinaus soll der Bau von Handwerkerhäusern und Gewerbehöfen gefördert werden.

- Zur Förderung der mittelständischen Wirtschaftsstruktur bedarf es einer leistungsstarken, mit hohem technischen know-how versehenen Industrie. Die Industrieansiedlungspolitik ist deshalb darauf auszurichten, solche Industriezweige zu gewinnen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und technisches know-how mitbringen oder erwarten lassen.
- Um ein breit gefächertes Arbeitsplatzangebot zu fördern, sind bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Klein- und Mittelbetriebe angemessen zu berücksichtigen.
- Die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe ist zu fördern. Dazu gehört auch, die wettbewerbsverzerrenden Dauersubventionen an Großunternehmen abzubauen.
- Die Gewerbe- und Industrieansiedlung ist zu entbürokratisieren durch die Gründung einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderungsgesellschaft nach dem Muster anderer Bundesländer.
Finanzielle Hilfen sind gezielt und unkompliziert einzusetzen. Die bestehenden Förderprogramme sollen zugunsten wirksamerer Hilfen für Existenzgründungen durchforstet werden.
- Keine Erhöhung der Gewerbesteuer in Hamburg. Ihr wird die F.D.P. nicht zustimmen.
- Die Attraktivität Hamburgs als Einkaufsstadt soll weiter verbessert werden. Die F.D.P. setzt sich für flexible Ladenöffnungszeiten ein und fordert eine Initiative Hamburgs im Bundesrat, um das Ladenschlußgesetz zu reformieren.

- Den Abbau von Ungleichgewichtigkeit aufgrund regionaler Förderungsprogramme.
- Insbesondere Genehmigungsgebühren sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Die Flut staatlicher Gebühren hemmt Initiativen und belastet besonders die Gründung neuer Existenzen.
- Das Bürgschaftsvolumen für die Gründung neuer Existenzen muß wesentlich erhöht, die Vergabe entbürokratisiert werden. Die diskriminierende Altersbegrenzung muß entfallen.
- Die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates ist so weit wie möglich einzuschränken.

Für Hamburgs Landwirtschaft ist eine eigenständige politische Konzeption zu ihrer langfristigen Sicherung und Entwicklung vorzulegen, die die Landwirtschaft in die Lage versetzt, ihre wirtschaftliche und umwelterpfliegerische Aufgabe zu erfüllen.

Dazu gehört insbesondere der Schutz vor industriellen Abgasen und Niederschlägen. Existenzbedrohende Umweltbelastungen sind abzustellen. Aufkauf von Flächen darf nur eine Notlösung sein.

Landwirtschaftliche Betriebe, die aus ökologischen Gründen auf einen maximalen Ertrag verzichten, sind dafür zu entschädigen (z.B. bei Aussparung von Feuchtgebieten aus der Nutzung, Flächenverlust durch gewässerbegleitende Gehölze u.ä.).

Energie

Mit der vorhandenen Energie sparsamer umzugehen und sie rationeller zu nutzen, hat für die F.D.P. Priorität. Hier sind alle Möglichkeiten zu erschließen, damit der weitere Einsatz von Kernenergie gegebenenfalls überflüssig

werden kann. Wesentlich ist dabei allerdings die langfristige und kostengünstige Sicherung des Energiebedarfs, weil sie die Investitionsbereitschaft beeinflußt.

Die F.D.P. fordert, daß Bundesmittel für die Entwicklung von Techniken zur Gewinnung von Primärenergie, vor allem der Solartechnik, die schon heute wirtschaftlich genutzt werden könnte, entscheidend aufgestockt werden.

Die Hamburger F.D.P. hat sich unter anderem gegen die Beteiligung Hamburgs an dem Kernkraftwerk Brokdorf ausgesprochen, weil

- der Bedarf für Hamburg nicht nachgewiesen worden ist,
- eine zu weitgehende Abhängigkeit von der Kernenergie
 - auch aus Kostengründen - vermieden werden muß.

Nachdem die Bundesregierung und die Landesregierung von Schleswig-Holstein den Weiterbau von Brokdorf betreiben und die HEW derzeit den Beschlüssen des Senats keine Folge leistet - sie auch hierzu rechtlich nicht gezwungen werden kann - , setzt sich die F.D.P. Hamburg für eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes von 1935 ein, insbesondere, um einen überregionalen Strompreisverbund zu erreichen, um dafür zu sorgen, daß politische Entscheidungen von Verfassungsorganen zur Energiesicherung auch durchsetzbar werden.

Außerdem will sie - entsprechend den Bundesparteitagebschlüssen - erreichen, daß die Kernenergie nur zur Deckung eines Restbedarfs verwandt werden darf.

Ein weiterer Ausbau der Fernwärme ist energiepolitisch gerade in einem Ballungsraum wie Hamburg sinnvoll, zumal neben der besseren Energieausnutzung ein wichtiger Beitrag zur Luftreinhaltung geleistet wird. Dabei ist das Netz schrittweise durch kleinere Block-

kraftwerke auszubauen, auch im "Inselbetrieb".
Größere Wohnanlagen (mit mehr als 50 Wohneinheiten)
dürfen nur noch mittels Fernwärme oder Gemeinschafts-
anlagen beheizt werden, die sich später gegebenen-
falls an das Netz anschließen lassen.

Das Stromerzeugungsmonopol der Elektrizitätswerke
ist zu beschneiden. Betriebe, die als Abfall (z.B.
Abwärme) entstehende Energiepotentiale als Energie-
träger für den eigenen Betrieb nutzen wollen, dürfen
daran nicht gehindert werden. Ebenso ist Energie,
die in landwirtschaftlichen Produktions- oder Verar-
beitungsbetrieben anfällt, für die Energiegewinnung
nutzbar zu machen.

Verkehr

Verkehrsbauten aller Art lassen Umweltstörungen meist
in erheblichem Umfang spüren. Die Verkehrsanbindung
entscheidet aber auch über wirtschaftliche Entwick-
lung und damit über Arbeitsplätze. Hamburgs Liberale
werden deshalb jedes einzelne Vorhaben auf seine Um-
welteinflüsse kritisch prüfen und in der Regel einem
Ausbau bestehender Trassen und Linien (ggfs. in Form
von Ortsumgehungen) den Vorrang vor Neutrassierungen
geben.

Die F.D.P. fordert:

- Der Bau der Güterumgebungsbahn auf der seit 50
Jahren vorgesehenen Trasse durch die Vier- und
Marschlande ist abzulehnen. Die Deutsche Bundes-
bahn wird aufgefordert, geeignete Alternativvor-
schläge endlich vorzulegen.

- Der Container- und Huckepack-Verkehr ist wegen der volkswirtschaftlich sinnvollen Einsparung von Treibstoff und wegen des besseren Umweltschutzes zu fördern. Um die Belästigung der Wohnbevölkerung zu vermindern, wird eine Verlagerung des Verkehrs von Rothenburgsort nach Billbrook befürwortet.
- Der Fluglärm, unter dem Hunderttausende von Hamburgern zu leiden haben, verlangt, daß für den Bau eines Ersatzflughafens bei Kaltenkirchen eine echte Option offengehalten wird. Dazu sind intensive Verhandlungen zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Bund und eine Prüfung des Projekts unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten notwendig.
- In der Zwischenzeit muß der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel weiterhin bedarfsgerecht vervollständigt werden. Der Lärmschutz ist weiter zu verbessern.
- Der öffentliche Nahverkehr ist weiter auszubauen. In der Innenstadt hat er grundsätzlich Vorrang vor dem privaten Pkw-Verkehr. Die vorhandenen Alsterdampferlinien müssen bestehen bleiben, das Linienangebot vergrößert werden. Der Einsatz von Linientaxis in verkehrsarmen Zeiten und in Außengebieten ist zu entwickeln.
- Die Siedlung Mümmelmannsberg ist an das U-Bahn-Netz anzuschließen. Im übrigen ist das Schnellbahnnetz daraufhin zu überprüfen, ob seine Effektivität durch die Verlegung einiger oder den Bau zusätzlicher Haltestellen erhöht werden kann, z.B. in Neuwiedenthal, in Billbrook und an der Johnsallee.

- Um die Attraktivität Hamburgs als Einkaufsstadt zu stärken, sind weitere Fußgängerzonen in stark frequentierten Einkaufsbereichen der Innenstadt zu bauen.

Parkräume sind in ausreichender Zahl an den Schnellbahnstationen (park and ride) bereitzustellen.

- Besondere Busfahrspuren im öffentlichen Straßennetz sind auch für Taxen zu öffnen.
- Im Interesse eines besseren Verkehrsflusses, zur Vermeidung unnützer Vergeudung von Kraftstoffen und zur Herabsetzung der Lärmbelästigung sind die Verkehrsampeln besser zu schalten. Nachts sind sie abzustellen oder auf Dauerblinklicht umzustellen, wo dies ohne Gefährdung der Sicherheit des Straßenverkehrs möglich ist.

Das Radwegenetz ist nicht nur durch entsprechende Neubauten zu ergänzen, sondern es sind auch schwach frequentierte Straßen ohne den Bau von Radwegen in dieses Hamburg umfassende Netz mit einzubeziehen. Desweiteren wird gefordert, die bestehenden Wanderwege ebenfalls weitgehend den Radfahrern zugänglich zu machen.

- Ein Verkehrsschild "Wohnstraße/ 30 km/h", das ohne großen Verwaltungsaufwand auf Antrag der Bezirksversammlungen zur Bekämpfung des sog. Schleichverkehrs in Wohnstraßen aufgestellt werden kann, ist einzuführen.
- Die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln soll ausgebaut werden.
- Auch das Wandernetz ist zu erweitern. Dabei ist abseits der Straße führenden Trassen der Vorzug

zu geben. So sind auch im Umland für die Erholung der Hamburger Bevölkerung Ergänzungen zu schaffen. Es ist z.B. darauf zu dringen, daß die Brücken über Pinnau und Krückau im Mündungsbereich für Fußgänger und Radfahrer passierbar werden.

III. RECHT AUF ARBEIT ALS SOZIALES GRUNDRECHT

Die derzeitige Arbeitslosigkeit ist keine kurzfristige Erscheinung, sondern durch weltweite konjunkturelle und strukturelle Probleme bedingt, die nicht kurzfristig gelöst werden können.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führt auch zu Personalabbau und damit Verringerung an Arbeitsplätzen.

Die starken Jahrgänge drängen in den kommenden Jahren zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Demgegenüber kommen schwache Jahrgänge in das Rentenalter.

Die in einigen Familien rückläufigen Realeinkommen machen es notwendig, daß Frauen sich zusätzlich auf dem Arbeitsmarkt bewerben.

Hamburg ist vom Außenhandel in besonderer Weise abhängig und muß deshalb am Erhalt des freien Weltmarktes interessiert sein. Dies erfordert eine dauernde Bereitschaft zum Strukturwandel, um wettbewerbsfähig zu bleiben, dies kann wiederum zur strukturell bedingten Arbeitslosigkeit führen, besonders bei Arbeitnehmern ohne Berufsausbildung.

Bei einem angespannten Arbeitsmarkt sind Frauen, Jugendliche, die neu auf den Arbeitsmarkt drängen, ältere Arbeitnehmer und Behinderte besonders hart betroffen.

Hamburg wird - wie alle anderen Teile der Bundesrepublik auch - in den kommenden Jahren vor besondere Probleme gestellt sein, die auf den Arbeitsmarkt drängenden Menschen dort unterzubringen. Nach Schätzungen ist mit einem Bedarf von 50.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu rechnen. Für die Liberalen ist dies eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Wahlperiode für das Hamburger Parlament.

Für Liberale ist das Recht des Bürgers auf Arbeit ein soziales Grundrecht, das nicht von einzelnen eingeklagt werden kann, den Staat aber zu einer Wirtschaftspolitik zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen verpflichtet. Arbeit ist die wichtigste Möglichkeit für den Bürger, in eigener Verantwortung seine Existenz zu sichern. Arbeit bietet ihm die Möglichkeit, sich durch Entfaltung seiner individuellen und sozialen Fähigkeiten selbst zu verwirklichen und die Gemeinschaft mit zu formen. Es genügt darum nicht, Menschen ohne Arbeit lediglich finanziell zu sichern; liberales Ziel ist es vielmehr, dem Arbeitssuchenden Arbeit anzubieten, die ihm persönliche Unabhängigkeit und soziale Sicherheit gibt.

Vollbeschäftigung braucht als Basis Wachstum der Nachfrage und verstärkte Investitionen, wobei dieses Wachstum durch die staatliche Rahmensetzung sozial und ökologisch verantwortbar gehalten werden muß.

Im Zentrum der liberalen Strategie für mehr Beschäftigung stehen Maßnahmen zur Förderung der privaten Investitionen, wobei ökologische und energiesparende Maßnahmen besonders zu fördern sind. Dazu gehört die Gewährleistung stabiler Rahmenbedingungen ebenso wie vorzugsweise steuerliche Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsanreize und der Abbau von Investitionshemmnissen.

Liberaler Beschäftigungspolitik gibt grundsätzlich arbeitsschaffenden Maßnahmen den Vorrang vor arbeitsplatzverteilenden. Wenn aber - wie jetzt - die gewohnten Strategien nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, müssen Wege zur Verringerung der Lebensarbeitszeit gefunden werden. Hierbei werden für Liberale diejenigen Maßnahmen den Vorrang haben, die Wahlmöglichkeiten für die Beschäftigten eröffnen, die sich mit gesellschafts- und bildungspolitischen Zielen decken, die rücknehmbar und gesamtwirtschaftlich kostenneutral sind und die Produktivitätssteigerung berücksichtigen. Das breite Interesse vieler Bürger an neuen, flexibleren, auch kürzeren Arbeitszeitformen (Teilzeitarbeit, job-sharing, Sonderurlaub, vorzeitiger Ruhestand oder Teilruhestand) deckt sich in den kommenden Jahren mit der Schwierigkeit, allen Arbeitskräften stets Arbeitsplätze zu voller Arbeitszeit bei gegebenem Lohnniveau anzubieten. Die F.D.P. wird sich mit Arbeitslosigkeit, insbesondere mit Jugendarbeitslosigkeit, niemals abfinden.

Die Liberalen fordern:

- Den Ausbau entsprechender Bürgschafts- und Finanzierungsinstrumente, die die Gründung ungewöhnlicher nicht erprobter Verfahren, Technologien und Vertriebsformen finanzieren und fördern, die Zukunftsinvestitionen ermöglichen;
- die Voraussetzungen im Arbeits- und Versicherungsrecht zu schaffen, die die Begründung von Teilzeitarbeitsverhältnissen und job-sharing sowie der freiwilligen Verkürzung der Lebensarbeitszeit ermöglichen und sichern. Beim job-sharing bedarf es der Konkretisierung in Tarifverträgen zur Sicherung der Rechte der Arbeitnehmer.

- der Ausbau von über- und außerbetrieblichen Lehrwerkstätten in organisatorischer Anbindung an berufsbildende Schulen ist in Zusammenarbeit und unter Beteiligung des Handwerks und von Gewerbe und Industrie voranzutreiben. Dabei sollten neue Formen der Zusammenarbeit staatlicher und privater Initiative, z.B. in Form von Genossenschaften oder gemeinnützigen Vereinen weiterentwickelt werden.
- Schwarzarbeit darf kein Kavaliersdelikt sein und muß als unsoziales Verhalten bekämpft werden. In diesem Bereich sollte verstärkt ermittelt werden.
- Eine Ausbildung der Jugendlichen, die der Gefahr der Arbeitslosigkeit durch Qualifikation entgegenwirkt, die Mobilität der einzelnen erhöht, um raschen Änderungen in den Anforderungen im Beruf gerecht werden zu können.

Die berufliche Ausbildung muß den unterschiedlichen Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werden und zu mehr Flexibilität führen.

IV. SICHERUNG DER WOHNUMWELT

Trotz jahrzehntelanger großer Anstrengungen gibt es in Hamburg immer noch Wohnungsmangel in Teilmärkten. Das Wohnungsproblem wird dadurch verschärft, daß zur Zeit geburtenstarke Jahrgänge junger Leute sich selbständig machen und Familien gründen. Auf der anderen Seite ist der freifinanzierte Wohnungsbau völlig zum Erliegen gekommen; der soziale Wohnungsbau wird aus Geldmangel bei den öffentlichen Haushalten erheblich reduziert.

Während an Eigentumswohnungen, Appartements und Luxuswohnungen kein Mangel herrscht, fehlen insbesondere billige kleinere Wohnungen und größere Wohnungen für kinderreiche Familien. In dieser Mangelsituation sind bei der Wohnungssuche die Jüngeren und Alleinstehenden, ältere Mitbürger, Behinderte und Ausländer besonders benachteiligt.

Die Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit ausreichendem Wohnraum und humane Gestaltung der Stadt sind Hauptziele liberaler Wohnungspolitik. Um die berechtigten Ansprüche der Bürger erfüllen zu können, ist es notwendig, zu einem in Angebot und Nachfrage zumindest ausgeglichenen Markt, auch in den unterschiedlichen Wohnungs-Teilmärkten, zu kommen. Angesichts der explosionsartig gestiegenen Bodenpreise, der Baukosten und der Zinsverteuerung sowie der Enge der öffentlichen Haushalte ist es nicht mehr möglich, mit den Rezepten der 60er und 70er Jahre den Wohnungsmarkt zu kurieren. Wir fühlen uns aufgerufen, gerade in diesem Bereich alte Denkgewohnheiten zu verlassen und mit Phantasie, Flexibilität und Kreativität auf die Herausforderungen der 80er Jahre zu antworten. Dabei lassen wir uns von folgenden Grundsätzen leiten:

Der Wohnungsbestand, eine Handlungsgrundlage für soziale Mietpolitik

Hamburg hatte 1979 rund 780.000 Wohnungen, davon rund 45 % Sozialwohnungen. Diese sind ein großes Kapital für eine gezielte soziale Mietpolitik, wenn die bestehenden Bindungen erhalten bleiben. Diese Wohnungen, die, soweit sie in den 50er und

60er Jahre gebaut worden sind, noch immer relativ niedrigere Mieten haben, müssen in Zukunft bevorzugt den Bevölkerungskreisen mit niedrigem Einkommen vorbehalten bleiben. Die von der F.D.P. seit langem geforderte Beendigung der Fehlbelegung kann durch eine Fehlbelegungsabgabe zunächst erfolgen; besser erscheint ein allmähliches Ansteigen der Sozialmieten und eine individuelle Unterstützung Bedürftiger durch ein Zusatzwohngeld. Die entstehenden unverhältnismäßigen Mehrerträge sollen abgeschöpft oder im Wohnungsmarkt reinvestiert werden.

Die F.D.P. lehnt die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen aus Spekulationsgründen oder gegen den Willen der dort wohnenden Mieter ab. Eine solche Umwandlung widerspricht den Zielen der Liberalen, dem Mietwohnungsmarkt preiswerte Wohnungen für die Bürger zu erhalten.

Die Verlängerung der Kündigungsfrist auf 5 Jahre und die Einführung eines Vorkaufsrechts der Mieter beim Verkauf sind wichtige Schritte der sozial-liberalen Koalition zum Schutz der Mieter in ihren Wohnungen.

Mieten: Der Markt muß wieder funktionieren -
die sozial Schwachen dürfen nicht auf der Strecke
bleiben

Etwa 70 % der Bundesbürger sind aufgrund ihres Einkommens berechtigt, eine Sozialwohnung zu beziehen. Wer heute in Hamburg in eine neu gebaute Sozialwohnung einzieht, zahlt eine Miete von bis zu DM 6,30 je qm.

Die Gestehungsmiete liegt dagegen bei etwa DM 20,--. Die Differenz (ca. DM 13,-- qm/Monat) trägt der Steuerzahler. Dieses ist ungerecht. Die F.D.P. ist der Auffassung, daß von jemandem, der ein durchschnittliches Einkommen hat, verlangt werden kann, daß er bei den heutigen Kosten für den Bau einer Wohnung 20 bis 25 % seines Nettoeinkommens für eine befriedigende Wohnung zahlt (für das Auto zahlt der Bundesbürger durchschnittlich z.Zt. 13 % des Einkommens).

Die Hamburger F.D.P. fordert eine Zusatzwohnregelung, die bedürftigen Bürgern die Anmietung geeigneten Wohnraums auch bei steigenden Mieten ermöglicht, wenn die Regelungen des Bundeswohnregelgesetzes nicht mehr greifen. Die umfassende individuelle soziale Absicherung soll gleichermaßen für Mieter und Eigentümer gelten.

Beim Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung, wie er von der F.D.P. gefordert wird, ist eine stärkere Belegung des frei finanzierten Mietwohnungsbaus möglich. Die verbleibende Objektförderung soll sich schwerpunktmäßig auf Stadterneuerungsgebiete und soziale Problembereiche konzentrieren.

Mittelfristig ist das Kostenmietenniveau durch Subventionsabbau und Fehlbelegungsabgabe an das Vergleichsmietenniveau heranzuführen. Eine Nachsubventionierung muß auf Sonderfälle beschränkt werden.

Die Art der Förderung in der Nachkriegszeit hat dazu geführt, daß große Gesellschaften einen riesigen Wohnungsbestand als Vermögen angesammelt haben, finanziert durch Mieter und Steuerzahler. Die F.D.P. fordert eine Wende in der Wohnungsbaupolitik dahingehend, daß

in Zukunft nicht mehr die großen Gesellschaften gefördert werden, sondern vorrangig die Mieter, Einzeleigentümer und kleine Eigentümergemeinschaften.

Bei einer Reduzierung des Programms für den sozialen Wohnungsbau könnten ohne zusätzliche Belastungen der öffentlichen Haushalte durch Eigentumbildung neue Wohnungen geschaffen werden.

Altbauinstandsetzung, Altbaumodernisierung und Verbesserung des Wohnumfeldes

Städtisches Leben wird wesentlich bestimmt durch gewachsene Bau- und Sozialstrukturen, die sich gegenseitig bedingen. Zerstörung gewachsener Bausubstanz bedeutet nicht nur Zerstörung des Stadtbildes, sondern zumeist auch das Zerschlagen gewachsener sozialer Strukturen. Erhaltung des Bestandes, behutsame Sanierung und Modernisierung haben Vorrang gegenüber der Schaffung neuer Wohnviertel und künstlicher Einkaufszentren "auf der grünen Wiese". Für die F.D.P. hat die Instandsetzung, die aus dem Mietenaufkommen zu finanzieren ist und die in vielen Fällen nur deshalb notwendig wird, weil vernünftige Instandhaltung jahrelang unterblieb, Vorrang. Auf städtischen Grundstücken hat die Stadt bei der Instandsetzung ihrer Wohnungen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Als weitere Maßnahmen fordert die F.D.P.:

- Da ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt noch nicht erreicht ist sowie aus städtebaulichen und sozialen Gründen, dürfen Häuser, die erhalten werden können, nicht abgerissen werden. Die Möglichkeiten des Bundesbaugesetzes

und der Zweckentfremdungsverordnung sind verstärkt zu nutzen, um diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen.

- Bei der Vergabe öffentlicher Mittel für Modernisierungen ist die soziale Dringlichkeit zu beachten. Solange noch eine große Anzahl von Wohnungen weder Innentoilette noch Bad haben, sind übertriebene Modernisierungen nicht vertretbar. Der Umfang der Modernisierung sollte in Abstimmung mit den Mietern festgelegt werden können.
- Häuser sollen grundsätzlich dort gebaut werden, wo die Infrastruktur (Schulen, Straßen, Kindergärten usw.) bereits vorhanden ist. Dazu ist verstärkt Wert zu legen auf Schließung von Baulücken der Innenstadt und der Wohngebiete der inneren Stadt. Auch hier müssen die Möglichkeiten des Bundesbaugesetzes (Baugebot) endlich genutzt werden.
- Der Ausbau von Dachgeschossen, der auf Druck der F.D.P. jetzt auch in Hamburg erleichtert worden ist, darf nicht durch zu enge Verordnungen und kostentreibende und sachlich nicht gebotene Auflagen erschwert werden.
- In vielen Altbaugebieten gibt es früher gewerblich genutzte Häuser, die den heutigen Ansprüchen von Handwerkern und Produktionsbetrieben nicht mehr entsprechen. Solche Häuser müssen nicht abgerissen werden; sie können, insbesondere durch Eigeninitiative von Mietern zu großzügigen Wohnungen oder Räumen für vielfältige Initiativen umgewandelt werden. Die Baustruktur der Speicherstadt sollte als städtebauliches Ensemble erhalten bleiben, auch wenn die derzeitige Nutzung einmal entfallen sollte.

- Die Eigeninitiative der Mieter, wertverbessernde Maßnahmen auf eigene Kosten durchzuführen, ist zu fördern. Bausparverträge sind steuerlich anzuerkennen.
- Wohnungen, die für "unbewohnbar" erklärt wurden, müssen wenn möglich instandgesetzt und wieder vermietet werden. In Fällen, wo sich der Eigentümer weigert, den Auflagen Folge zu leisten, muß Ersatzvornahme möglich sein. Nur in wenigen Ausnahmefällen, in denen aus baupolizeilichen oder Gründen der wirtschaftlichen Zumutbarkeit dieses nicht sinnvoll ist, darf es staatlich geduldetes Leerstehenlassen geben.
- Die Gesetze und Verordnungen, die ein Leerstehenlassen und ein anderes Zweckentfremden von Wohnraum verbieten, müssen verstärkt angewendet werden, um solch sozialschädliches Verhalten zu unterbinden. In besonders schweren Fällen des Leerstehen- und Verfallenlassens muß Zwangsverwaltung möglich sein.
- In besonderen Fällen sollen als Versuchsprojekt Althausgrundstücke aus staatlichem Eigentum den Mietern in genossenschaftlicher Form überlassen werden.
- Viele Vermieter diskriminieren Gruppen von Wohnungssuchenden wie kinderreiche Familien, Studenten, Behinderte, Ausländer und ehemalige Strafgefangene. Die Erteilung von Wohnungsbescheinigungen nicht nur an Familien, sondern auch für jede andere Gruppe von Menschen, die zusammenleben will, ist gerechter zu gestalten. Staatliche Wohnungsbaupolitik und die Vergabe durch Genossenschaften, gemeinnützige Gesellschaften und insbesondere die stadt-eigene SAGA muß deshalb solche Gruppen bevorzugt berücksichtigen.

sichtigen. Auch gleichgeschlechtliche Partner haben das Recht, ohne Diskriminierung zusammenzuleben.

- Wohngemeinschaften müssen Wohnungen mieten können, ohne Wuchermieten zu zahlen. So gesehen kann auch die Wohnungspolitik einer nicht gewollten Vereinzelung der Menschen entgegenwirken.

Stadtentwicklungspolitik - Für überschaubare Nachbarschaften

Beim Städtebau und bei der Stadtentwicklung hat für die F.D.P. die Erhaltung gewachsener Strukturen Vorrang. Eine lebendige Stadt bedarf aber auch der ständigen Entwicklung und der Beseitigung von Bausünden der Vergangenheit.

Stadtentwicklung ist keine technokratische Aufgabe von Planern, sondern erfordert den ständigen Dialog zwischen Bürgern, Politikern und Fachleuten. Die gesetzlichen Bestimmungen, die eine umfangreiche Bürgerbeteiligung vorsehen, dürfen keine Alibi-funktion haben. Die Meinung der Betroffenen muß erst genommen werden. Bürgerbeteiligung darf kein Schlagwort bleiben.

Das größte Interesse an seiner unmittelbaren Umgebung hat der dort lebende Bürger. Ihn gilt es durch Aufklärung und Schulung zur Mitarbeit an der Stadtteilentwicklung zu gewinnen. In den vergangenen Jahren haben Beispiele gezeigt, welche zusätzlichen Gewinne die Mitarbeit der Betroffenen bringen. Die F.D.P. wird sich durch praktische Vorschläge in den Bezirken für eine umfassende Bürgerbeteiligung bei allen Stadtentwicklungsmaßnahmen einsetzen. Dabei wird es auch besser möglich

sein, die Interessen von Randgruppen zu berücksichtigen.
Behindertenvertreter

bei allen Baumaßnahmen der Bezirke waren ein erster Schritt. Dazu gehört nach Auffassung der F.D.P. außerdem:

- Möglichst frühzeitige Öffentlichkeit der Stadtplanungsausschüsse;
- Vorlage von Alternativentwürfen, wo immer möglich.
- Bei Maßnahmen der Stadtneuerung sind die Möglichkeiten des Bundesbaugesetzes stärker als bisher zu nutzen. Ein Mitspracherecht der Betroffenen muß sichergestellt sein.
- Große Wohnungs-Verwaltungseinheiten arbeiten anonym und entziehen sich weitgehend der Kontrolle. Beispielhaft soll die SAGA zur Überwindung dieser Problematik in überschaubare Wohnungs-Verwaltungs-Einheiten umgliedert werden, an denen die Mieter zu beteiligen sind.

In der Stadtentwicklung ist die Zeit der großen Lösungen und Mammutprojekte vorbei. Die F.D.P. lehnt den Bau von stadtteilzerschneidenden Verkehrswegen und stadtbildzerstörenden Hochhäusern ab. Stadtentwicklungspolitik hat sich an den gewachsenen Strukturen zu orientieren:

- Eine lebendige Stadt lebt von der Vielfalt. Die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Freizeit gehören zusammen. Die Stadtentwicklung muß Tendenzen der Entmischung und der Ghettobildung entgegenwirken sowie Fehler der Vergangenheit korrigieren.
- Die Schaffung weiterer verkehrsberuhigter Zonen ist notwendig, dabei muß nicht immer ein Umbau zu einer perfekten Fußgängerzone erfolgen. Häufig ist mit Phantasie Verkehrsberuhigung in Wohngebieten auch mit einfachen Mitteln zu erzielen.

- Interessierten Bürgern kann das Bezirksamt gestatten, öffentliche Wegeflächen zum Beispiel durch Bänke und Blumenkübel im Wege der Eigeninitiative selbst zu gestalten und zu verschönern.
- Die rechtlichen Möglichkeiten des Milieuschutzes sind stärker zu nutzen.
- Die Vielzahl und Detailliertheit von Planungs- und Bauvorschriften erweist sich häufig als hinderlich, zeitverzögernd und kostensteigernd, ohne daß die Qualität der Lösungen entsprechend besser wird. Der Kreativität und der Sparsamkeit ist wieder Raum zu geben. Holländische Beispiele zeigen, daß dieses möglich ist. Die einengenden Vorschriften sind entsprechend zu durchforsten.
- Planverfahren und Baugenehmigungsverfahren sind durch feste Zeitvorgaben zu beschleunigen. Durch zielbewußte Ausweisung und Erschließung von Baugelände sind vorhandene Angebotsdefizite an Bauland abzubauen.
- Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Jugend. Freiräume sind erforderlich. Jugendlichen sollen vermehrt in allen Stadtteilen Räume angeboten werden, in denen sie nach eigenen Vorstellungen "zu Hause" sein können.
- Für Liberale ist die Schaffung breitgestreuten Wohnungseigentums eine wichtige Aufgabe. Die in der letzten Legislaturperiode von uns begonnene Veräußerung von Einfamilienhausgrundstücken (Bialasplan) muß fortgesetzt und verstärkt werden. Die Stadt muß in größerem Umfang als bisher Baugelände ausweisen und zur Verfügung stellen. Geeignete Behelfsheimsiedlungen sollten behutsam in Eigenheimgebiete mit Hilfe von längerfristigen Programmen überführt werden (Bilerhuder Insel), damit die jetzigen Bewohner

in ihrer Heimat bleiben können.

- Für den Interessenten von Einfamilienhäusern muß die Wahl zwischen Erbpacht und Kauf des Grundstücks - wenn keine stadtplanerischen Gründe dagegen sprechen - frei bleiben; die Vorauszahlung des kapitalisierten Erbbauzinses lehnen wir ab. Den Einzelhausbesitzern, denen in den letzten Jahren der Erwerb ihres Grundstücks aus ideologischen Gründen von der SPD verwehrt wurde, muß der nachträgliche Kauf zu den ursprünglichen Bedingungen ermöglicht werden.
- Die SAGA sollte bei der Eigentumsbildung mit gutem Beispiel vorangehen.
- Hamburgs Innenstadt ist nach Ladenschluß leer und öde. Änderung der Ladenschlußzeiten, Wohnungsbau und Schaffung von Kommunikationsmöglichkeiten sind Forderungen der F.D.P., die dem entgegenwirken sollen.
- Der historische Domplatz ist für eine Bebauung für kulturelle Zwecke vorzuhalten.

E. LIBERALE FÜR VIELFALT IM BILDUNGSWESEN

Bildungspolitik ist für die F.D.P. ein Kernstück ihrer Gesellschaftspolitik. Bildung ist Zukunftsgestaltung und Freiheitsgarantie, Bürgerrecht und Aufstiegschance zugleich. Die wesentlichen Maßstäbe der Bildungspolitik der F.D.P. sind die Förderung von Aufklärung, kritisches Denken, Entscheidungsfähigkeit, Kreativität und Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gemeinschaft. Ziel dieser Politik ist die Erweiterung der Selbstbestimmung, der Leistungsbereitschaft, der Verantwortlichkeit des einzelnen.

Die F.D.P. räumt dem Bildungswesen auch unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen weiterhin Priorität ein.

I. ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN

In den vergangenen Jahren ist das hamburgische Schulwesen mit der Einräumung eines Rechtsanspruchs auf Besuch einer Gesamtschule und mit der Erweiterung des Gesamtschulangebots maßgeblich geändert worden.

Das Hamburger Schulklima wird jedoch von ständigen Konflikten zwischen Behörde und einzelnen Schulen geprägt. Technokratische Eingriffe der Schulbürokratie in gewachsene Strukturen gefährden das Elternwahlrecht und die Vielfalt des Bildungsangebotes.

Unterrichtsausfälle, zu große Klassen und die ständige Bevormundungen führen zu Interessenlosigkeit, Enttäuschung und Agression bei Schülern, Eltern und Lehrern.

Besonders bedenklich ist die Unverhältnismäßigkeit von Schulschließungen in jenen Stadtteilen, in denen sich Gesamtschulen befinden. Inhaltliche Verbesserungen des Schulwesens sind in den letzten vier Jahren durch Organisationsmaßnahmen ersetzt worden.

Die kommenden Jahre müssen dazu genutzt werden, die erheblichen Probleme, die mit dem Schülerrückgang verbunden sind, zu bewältigen und eine Reihe lang anstehender Verbesserungen in den Schulen durchzuführen, sowie das Schulwesen zu konsolidieren.

Die F.D.P. fordert im einzelnen:

Überschaubare Schulen, kleine Klassen.

- Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß überschaubare Schulen geschaffen werden, in denen das Lernen wieder Spaß bringt. Um die Lernbedingungen zu verbessern, soll keine Klasse mehr als 25 Schüler haben.
- Durch Zusammenarbeit mit Nachbarschulen aller Schulformen ist ein breites Unterrichtsangebot zu sichern.

Vielfalt des Bildungsangebots sichern.

- Die F.D.P. fordert eine ungestörte Entwicklung des Hamburger Schulwesens. Sie hält es für notwendig, daß in den nächsten Jahren keine neuen Schulversuche begonnen werden.

- Gesamtschulen und Schulen des dreigliedrigen Systems sind gleichberechtigte Schulformen. Die Durchlässigkeit zwischen allen Schulformen muß erhalten und verbessert werden. Dieser Grundsatz muß vor allem bei der Schulentwicklungsplanung stärker berücksichtigt werden.
- Alle Schulformen müssen so weiter entwickelt werden, daß den einmal aufgenommenen Schülern ein ihrer Begabung entsprechender Abschluß ermöglicht wird.
- An allen Schulen sind Wahlmöglichkeiten zu sichern und Förder- und Differenzierungsangebote zu verbessern.
- Die F.D.P. tritt dafür ein, daß die freien und privaten Träger ihre ihre Möglichkeiten zur Gestaltung pädagogisch wichtiger alternativer Schulformen erhalten.

Eigenverantwortlichkeit der Schule stärken

- Die Schulen müssen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Deshalb setzt sich die F.D.P. vorrangig für die Umsetzung von Verbesserungen ein, die innerhalb der Schulen - unter Beteiligung von Lehrern, Eltern und Schülern - entwickelt werden. Dies wird eine stärkere Identifikation der Betroffenen mit ihrer Schule bewirken und eine Verringerung des Behördenapparates ermöglichen.

Voraussetzung für eine größere Autonomie der Schulen sind:

- ein Abbau der Verwaltungsvorschriften;
- ein größerer finanzieller Spielraum für jede Schule;
- die Verbesserung der Entscheidungsbefugnis von Schulleitung und Schulkonferenz, etwa im Bereich der Raumgestaltung und der Ausstattung der Schulhöfe;

- mehr eigene Verantwortung der Schulen für die Organisation nach pädagogischen Notwendigkeiten;
- schulnähere Ausführung der Schulaufsicht zum Beispiel durch Schulpraktika der Schulaufsichtsbeamten.

Der Schulaufsichtsbeamte muß auch als pädagogischer Berater der Schulen tätig sein können.

Mehr Öffentlichkeit für die Schulen - Mitwirkung von Eltern und Schülern

- Die Schulen sollen in größerem Maß die Möglichkeit erhalten, außerschulische Institutionen und Personen in ihre Arbeit einzubeziehen.

Die F.D.P. unterstützt die Mitwirkung von Eltern und Schülern in den Bereichen des schulischen Geschehens. Deshalb wollen die Liberalen, daß

bei der Herausgabe und Verteilung von Schülerzeitungen ausschließlich presserechtliche Grundsätze Anwendung finden;

den Schülergruppen an den einzelnen Schulen verstärkt Betätigungsmöglichkeiten eingeräumt werden;

Eltern verstärkt Einblick in den Schulalltag erhalten: durch Elternsprechtage und Gelegenheit zur Teilnahme am Unterricht an Tagen der offenen Tür;

die Möglichkeit zur Mitarbeit der Eltern im Unterricht und in den Freizeitaktivitäten an der Schule erweitert wird.

Eine ausgewogene Grundbildung sichern

Die FDP fordert eine Überarbeitung der Lehrpläne und Richtlinien unter Beteiligung der Öffentlichkeit

durch Auslegung und Anhörung. In den Schulen muß eine ausgewogene Grundbildung vermittelt werden, die intellektuelle Fähigkeit ebenso vermittelt wie musische, praktische und soziale. Die umfassende Vermittlung von Kulturtechniken, wie z.B. Lesen, Schreiben und Rechnen, gilt für die F.D.P. als unverzichtbar, deshalb muß das Unterrichtsangebot in der Grundschule verbessert werden. In der Oberstufe muß die Abwahlmöglichkeit von Kernfächern eingeschränkt werden.

Unterrichtsausfall beenden

- Das Unterrichtsangebot in den Mangelfächern (im mathematisch-naturwissenschaftlichen sowie im künstlerischen Bereich) muß vordringlich wieder hergestellt werden; z.B. durch Erteilung befristeter Lehraufträge.
- Die derzeit unzureichende "Lehrerfeuerwehr" soll verstärkt werden, um langfristige Unterrichtsausfälle zu vermindern.
- Alle Schulen erhalten eine "Verfügungsreserve" für die Abdeckung mittelfristiger Ausfälle.
- Bei kurzfristigem Unterrichtsausfall ist die Gestaltung von sinnvoller Betreuung für Schüler unter Einbeziehung von Eltern und Schülern zu unterstützen, sofern eine Vertretung durch Lehrer nicht möglich ist.

Situation der Behinderten verbessern

Das Unterrichtsangebot in Sonderschulen muß sichergestellt und verbessert werden. Durch den Einsatz von Sonderschullehrern in allgemeinbildenden Schulen soll einer Aussonderung von behinderten Kindern entgegengewirkt werden. Die Zusammenarbeit der speziellen Sonderschulen mit dem Vorschulbereich,

den allgemeinbildenden Schulen und dem nachschulischen Bereich (beschützende Werkstätten, Berufsschulen, Betrieben) ist zu verstärken.

Probleme der Hochbegabten erkennen

Die Erkenntnisse über die Probleme Hochbegabter müssen in den Schulen verstärkt berücksichtigt werden. Hochbegabte müssen gefördert und vor einer Isolation bewahrt werden.

Gesellschaftliche Integration ausländischer Kinder sichern

Der Anteil ausländischer Schüler ohne hinreichende Deutschkenntnisse in einer Klasse soll ein pädagogisch vertretbares Maß nicht übersteigen, da der hohe Anteil ausländischer Schüler in bestimmten Stadtteilen die Unterrichtsversorgung aller Schüler erschwert und gefährdet.

Die Maßnahmen zur Integration jener Kinder, die wegen mangelnder Deutschkenntnisse keine Regelklasse besuchen können, müssen erheblich verstärkt werden. Förderunterricht in Deutsch muß dazu beitragen.

Lehrer - Beruf nicht Job

Lehrer müssen ihre gesellschaftliche Aufgabe verantwortlich erfüllen. Dazu gehört neben der Vermittlung von Wissen auch das soziale Engagement und die Kenntnis der Arbeitswelt außerhalb der Schule aus eigener Erfahrung.

Durch Verlängerung der Urlaubsfristen ohne Bezüge soll Lehrern ein Anreiz gegeben werden, Erfahrungen in anderen Berufsfelder zu suchen, dadurch könnte der Unterricht auch praxisbezogener gestaltet werden.

Lehrer, in deren Klassen auch behinderte Schüler oder Ausländer unterrichtet werden, müssen durch Zusatzausbildung auf diese Aufgabe vorbereitet werden.

Lehrerfortbildung, die notwendig und förderungswürdig ist, sollte verstärkt in den Schülerferien stattfinden.

Die Lehrerausbildung ist langfristig so zu gestalten, daß sich für Lehrer berufliche Alternativen eröffnen. Ein grundsätzlicher Anspruch auf Beschäftigung im Schuldienst besteht nach liberaler Auffassung nicht.

II. BERUFLICHE BILDUNG

Durch eine gute Ausbildung soll die Gefahr der Arbeitslosigkeit vermindert werden und die Mobilität der Arbeitskräfte bei einer raschen Änderung der Anforderungen im Beruf erhöht werden. Berufliche Bildung muß den unterschiedlichen Bedürfnissen der Auszubildenden gerecht werden und sich flexibel den Anforderungen anpassen können.

Die F.D.P. fordert deshalb:

Berufsorientierung sicherstellen

In allen Schulformen des allgemeinbildenden Schulwesens muß die Berufsorientierung verbessert werden, um Fehlentscheidungen bei der Erstausbildung zu vermeiden und auch Abiturienten berufliche Alternativen zu eröffnen.

Deshalb will die F.D.P.:

- die berufliche Orientierung an den Schulen durch die Lehrer, die Berufsverbände und die Arbeitsämter im engen Kontakt mit den Berufsschulen verbessern;
- Lehrer an allgemeinbildenden Schulen fachlich für die Berufsorientierung vorbereiten;
- berufliche Orientierung an den Schulen sowohl durch Lehrer als auch durch Vertreter der Berufsverbände und Arbeitsämter
- die Zusammenarbeit der allgemeinbildenden mit den beruflichen Schulen verbessern;
- die Berufspraktika an allen allgemeinbildenden Schulen ausbauen.

Berufsvorbereitungen den Bedürfnissen anpassen

Zur besseren Vorbereitung auf die berufliche Ausbildung sollen besondere Angebote gegen die Schulmüdigkeit entwickelt werden. Dazu gehören:

- Ein freiwilliges 10. Schuljahr mit berufsbezogenen Inhalten wahlweise an der Hauptschule oder an der Berufsschule;
- Kurse für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß.
- Werkklassen für Schüler ohne Aussicht auf einen Hauptschulabschluß in einer Regelklasse zur Vorbereitung auf die Arbeitswelt.
- Berufsvorbereitungsmaßnahmen durch die Sozialbehörde.

Berufliche Grundbildung ausbauen

Der Ausbau der beruflichen Grundbildung als Voraussetzung für eine qualifizierte Berufsausbildung und größere Mobilität ist unverzichtbar. Diese Grundbildung sollte nach Auffassung der F.D.P. in vielfältigen Formen erfolgen, die den Bedürfnissen der Betroffenen und den Erfordernissen des Berufsfeldes angepaßt sein müssen.

Die Formen des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) müssen stabilisiert werden, wobei ausschlaggebend für die Entscheidung zwischen schulischen und kooperativem (in Schule und Betrieb) Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) die Frage nach der optimalen Ausbildungsmöglichkeit für die Auszubildenden ist. Andere Formen der beruflichen Grundausbildung müssen in Zusammenarbeit mit den Kammern entwickelt werden.

Berufsausbildung verbessern

Bei der Entwicklung des beruflichen Schulwesens hat die Erfüllung der bestehenden staatlichen Aufgaben Vorrang vor der Übernahme weiterer Aufgaben, die durch Private befriedigend erfüllt werden können.

Die F.D.P. strebt an

die Klassenfrequenzen in allen berufsbildenden Schulen auf 25 zu senken;

2 mal 6 Wochenstunden für alle Berufsschüler sicherzustellen;

Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, Frauen in Männerberufen, Ausländer, Behinderte und Aussiedler verstärkt zu fördern;

die Abstimmung zwischen betrieblichen Ausbildungsordnungen und schulischen Lehrplänen zu verbessern.

Das duale System in der Berufsbildung hat sich nach Auffassung der F.D.P. bewährt. Berufsfachschulen sind insofern für die F.D.P. eine Ergänzung zum dualen System.

Die starre Trennung zwischen berufsbildenden und allgemein bildenden Schulen muß aufgehoben werden.

Deshalb unterstützt die F.D.P.:

- die Zusammenarbeit beruflicher Schulen mit benachbarten allgemeinbildenden Schulen (besonders in der Oberstufe der Gymnasien und Gesamtschulen);
- die Einführung berufsbezogener Bildungsgänge an Gesamtschulen und Gymnasien;
- die Verstärkung solcher Bildungsgänge an beruflichen Schulen, die eine weitere schulische Qualifikation neben der Berufsausbildung ermöglichen.

- die Einführung studienbezogener Bildungsgänge an beruflichen Schulen mit dem Ziel einer Doppelqualifikation der Schulabgänger.

III. WEITERBILDUNG

Trotz eines vorbildlichen Bildungsurlaubsgesetzes nehmen erschreckend wenig Hamburger diese Möglichkeiten wahr. Frauen mit Familie und Mitarbeiter in Kleinbetrieben haben Schwierigkeiten, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Die Veranstaltungen der Volkshochschule werden reduziert, obwohl eine große Nachfrage besteht.

Die Liberalen wollen die Motivation aller Bürger stärken, sich nach ihren Interessen weiterzubilden. Die geringen finanziellen Ressourcen erfordern einen gezielten Einsatz der Mittel. Finanzielle Hilfen müssen denen gewährt werden, die aus eigener Kraft die Mittel nicht aufbringen können, um sich durch Weiterbildung zu qualifizieren. Bürger, die dazu finanziell in der Lage sind, werden nach Auffassung der Liberalen bereit sein, einen höheren Anteil an den Kosten der Weiterbildung zu übernehmen. Sie sollen verstärkt durch Information motiviert werden. Arbeitgeber müssen ermutigt werden, die Bereitschaft zur Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer zu unterstützen und selbst Weiterbildungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern zu entwickeln.

Im einzelnen fordert die F.D.P.:

- die Information über Weiterbildungsmöglichkeiten ist zu verbessern.
- Benachteiligte Gruppen fördern
 - durch Verbesserung von Kursen zur Erlangung des Hauptschulabschlusses für junge Erwachsene
 - durch verstärkte Einrichtung von Umschulungsmaßnahmen (vorrangig für Arbeitslose).

Ein ausgewogenes Angebot an Veranstaltungen zu politischen, beruflichen und allgemeinen Bildung ist herzustellen. Weiterbildungsangebote von Betrieben sollten bei freien Kapazitäten überbetrieblich angeboten werden.

- Volkshochschule verbessern

Die Veranstaltungen der Volkshochschule müssen weiterhin gesichert bleiben, indem interessierte Bürger einen höheren Kostenanteil übernehmen. Das Angebot muß besser der Nachfrage der Hörer angepaßt werden, insbesondere im Bereich der Sprachkurse.

Es gilt, die Veranstaltungen weiter zu regionalisieren, damit das Angebot für alle Bürger Hamburgs ohne weite Anfahrtswege wahrgenommen werden kann. Die Veranstaltungen für bestimmte Zielgruppen (Frauen, Jugend, ältere Menschen) sind zu erweitern.

IV. HOCHSCHULEN

Die Hochschulen stehen als Zentren wissenschaftlicher Lehre und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung. Zum einen müssen sie auf berufliche Praxis vorbereiten; zum anderen dienen sie individueller Bildung und gesellschaftlicher Emanzipation. Die Erlangung von fundiertem Berufswissen sowie die Einübung demokratischer Verhaltensweisen sind für unsere demokratische Gesellschaft wie für unsere Volkswirtschaft unerläßliche Merkmale des Bildungssystems.

Im Interesse einer demokratischen Praxis an der Universität bejaht die F.D.P. folgende Rahmenbedingungen:

- Mitbestimmung: Sicherung einer angemessenen Vertretung aller Gruppen in den Gremien der Hochschule;
- Sicherung einer autonomen, verfaßten Studentenschaft in allen Hochschulgesetzen;
- Förderung des politischen Bewußtseins und Engagement des einzelnen Studenten: allgemeinpolitisches Mandat, Reformierung des Wahlrechts mit dem Ziel einer höheren Wahlbeteiligung der Studenten an Wahlen, z.B. Briefwahl; diese soll sich orientieren an den Grundsätzen des allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlrechts, an den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts und der Briefwahl.

Studienreform beschleunigen

- Die Liberalen treten für eine beschleunigte Studienreform ein.
Mit dieser Reform der Studienpläne und Prüfungsordnungen sind die Hochschulen über Gebühr in Verzug. Gesetzliche Fristen wurden überschritten und mußten verlängert werden. Auch von seiten des Senats und der Behörden ist in den vergangenen vier Jahren zu wenig geschehen.

Universität für mehr Bürger öffnen

- Die Hochschule soll für weitere Bevölkerungskreise (Nichtstudierende) geöffnet werden. Das Bürgerrecht auf Bildung muß auch im Hochschulbereich von jedem als individuelle Bildungschance wahrgenommen werden können.

Für die begrenzte Zeit in der geburtenstarken Jahrgänge an die Universität drängen, ist es unumgänglich durch bessere Nutzung der vorhandenen Hochschuleinrichtungen einer größeren Anzahl von Studierenden einen qualifizierenden Berufsabschluß zu ermöglichen; bei solcher Überlast sollen freiwillige Aktionen

der Hochschulen aber Vorrang haben vor staatlichen Eingriffen.

Bei Ausschöpfung aller Studienmöglichkeiten wird ein effizientes Verfahren der Studienplatzverteilung gefordert, bei dem soziale Bindungen für die Studienortwahl angemessen zu berücksichtigen sind.

Studiengänge Fach- und Hochschulübergreifend gestalten

- Vorrangig müssen die fachgebietsübergreifenden Studienmöglichkeiten erweitert werden. Die F.D.P. fordert daher weiterhin die Gründung einer hochschulübergreifenden Gesamthochschule Hamburg, in der die einzelnen Fachbereichsgruppen direkt zusammenarbeiten können. Die Hochschule der Bundeswehr ist dabei in die Gesamthochschule Hamburg zu integrieren, wobei die an den hamburgischen Hochschulen gültigen Regelungen zur Organisation von Lehre, Studium und Forschung und die Prinzipien demokratischer Mitbestimmung auch an der Bundeswehrhochschule gelten sollen.

Hochschulen entbürokratisieren

- Die F.D.P. fordert, die Selbstverwaltung der Hochschulen erleichtern und in ihnen wuchernde Verwaltungsapparate zu beschränken. Hierfür müssen Voraussetzungen geschaffen werden; u.a.
 - weitgehende Entscheidungskompetenzen der Hochschulen auch in Auftragsangelegenheiten,
 - Stärkung der Autonomie der Fachbereiche als den Trägern der originären Hochschulaufgaben durch hochschulinterne Delegation von Entscheidungsbefugnissen.

Bei größere Eigenständigkeit der Hochschulen staatlicher Verwaltung und bei Autonomie der Fachbereiche innerhalb der Hochschulen ist die von der F.D.P. geforderten Organisation der

Gesamthochschule möglich ohne einen zusätzlichen überflüssigen und übermächtigen Verwaltungsapparat.

Bafög regelmäßig anpassen

- Zur Sicherung der materiellen Grundlage als Voraussetzung eines erfolgreichen Studiums ist die regelmäßige Anpassung der Bafög-Sätze an die Preisentwicklung erforderlich.

Uni Harburg weiter aufbauen

- Der Aufbau und die Entwicklung einer technischen Universität in Harburg ist Kernstück fortschrittlicher Hamburger Hochschulpolitik, wie die F.D.P. in der Vergangenheit durch massives Vortreiben des Projektes bewiesen hat. Auch in einer Zeit finanzieller Enge muß die Errichtung der TU Harburg zügig fortgeführt werden.

F. KULTUR UND MEDIEN:
LIBERALE SICHERN FREIRÄUME UND SCHAFFEN CHANCEN UND
TEILHABE

I. KULTUR: ZUSCHAUEN IST GUT, MITMACHEN IST BESSER

Liberaler Kulturpolitik ist Garant geistiger, kultureller und künstlerischer Toleranz. Ziel dieser Kulturpolitik ist die Stärkung des Rechts auf individuelle Teilhabe an der Kultur. Dabei gibt es für Liberale einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Freiheit und Kultur.

Hamburgische Kulturpolitik sollte ermöglichen, daß in dieser Stadt verschiedene schöpferische Kräfte wirken können. Sie sollte auch kritisches Bewußtsein stärken und eine Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer und nationaler Herkunft sowie zwischen den Generationen fördern.

Das Verhältnis zwischen den Institutionen des Staates und den Künstlern ist kompliziert, oft sogar gespannt. Es gibt keinen Bereich der Politik, der sich mit den hergebrachten Grundsätzen des staatlichen Handelns so wenig in Einklang bringen läßt, wie Kultur und Kunst im weitesten Sinne. Kunst läßt sich nicht programmieren. Soll dieses Verhältnis geändert werden, bedeutet das unter anderem, nicht stets nach dem Prinzip zu handeln, daß, wer den größten politischen Einfluß hat, auch den größten Teil des "Kuchens" erhält.

Hamburgs Kulturretat ist im Vergleich zu dem anderer Großstädte bescheiden. Der Anteil des Kulturretats am Gesamthaushalt darf in der kommenden Legislaturperiode keineswegs sinken. Langfristig ist eine

Steigerung notwendig.

Innerhalb dieses Etats kommen die freien Künstler und Gruppen zu kurz. Liberale wollen dieses Mißverhältnis abbauen. Dabei geht es auch darum, die kulturelle Gesamtszene stärker in die Darstellung der Stadt nach innen und außen einzubeziehen.

Es ist ein Ziel liberaler Kulturpolitik, möglichst in allen Stadtteilen ein lebendiges Kulturleben zu entwickeln, um so einen wesentlichen Beitrag für eine Identifikation des Bürgers mit seinem Wohn- und Arbeitsumfeld zu leisten.

Lebendige Kultur braucht Freiräume. Die F.D.P. unterstützt daher die Selbstverwaltung staatlicher kultureller Institutionen und fördert private kulturelle Vorhaben. In einer Zeit finanzieller Engpässe muß es auch Aufgabe der Kulturpolitik sein, Finanzierungsmöglichkeiten im nichtstaatlichen Bereich zu suchen. Die hamburgische F.D.P. setzt sich dafür ein, das Mäzenatentum durch Stiftungen und steuerliche Erleichterungen auszubauen, um Künstlern bessere Arbeitsbedingungen und Präsentationsmöglichkeiten zu bieten.

In Hamburgs Stadtbild fehlt aber auch ein zentraler kultureller Anknüpfungspunkt, mit dem sich die Hamburger identifizieren können. Zugleich ist siebenunddreißig Jahre nach Kriegsende immer noch nicht entschieden, wie der letzte freie Platz in der Innenstadt, der zugleich auch der geschichtsträchtigste ist, der Domplatz an der Petrikirche, von dem Hamburg seinen Anfang nahm, genutzt werden soll. Hamburgs Liberale fordern, daß der historische Domplatz im Zentrum der Innenstadt nur zu

kulturellen Zwecken bebaut werden darf. Die F.D.P. möchte, daß die Zeit der Knappheit öffentlicher Mittel genutzt wird, in allen Aspekten zu untersuchen, ob der Domplatz sich nicht für den Bau eines kulturellen, architektonisch hervorgehobenen Zentrums eignet, das stadtbildbestimmend und zugleich innenstadtbelebend sein könnte. In diesem Zentrum könnte ein Museum für Technik und Naturwissenschaften oder für moderne Kunst, Fotografie, Film und Video und eine zentrale öffentliche Bibliothek untergebracht sein, zumal für diese Einrichtungen großartige Bestände vorhanden sind.

Im einzelnen fordern Hamburgs Liberale:

Kulturpolitik als Kulturförderung

- Zentrale und dezentrale Kulturmaßnahmen haben den gleichen Stellenwert ("Keine Kultur zweiter Klasse in den Bezirken").
- Das internationale Ansehen der Hamburger Theater einschließlich der Privattheater soll erhalten und gefördert werden. Dabei müssen zugleich alle Möglichkeiten zur Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung genutzt werden, um den im Vergleich zu anderen kulturellen Einrichtungen außerordentlichen Aufwand nicht unverhältnismäßig anwachsen zu lassen.
- Mit den Staatstheatern muß das Gespräch darüber begonnen werden, ob der Austausch von Produktionen mit anderen Theatern noch stärker gefördert werden kann.

- Das Schattendasein der freien Theatergruppen muß beendet werden.
Die ständige Suche nach Räumen, Requisiten und die Auseinandersetzung mit der Verwaltung über Auflagen muß im Rahmen einer sinnvollen Förderungspolitik minimiert werden. Dazu soll der Ausbau einer Experimentierbühne regelmäßig finanziert werden. Über die Einzelheiten der Vergabe soll ein regelmäßig neu zu wählendes Gremium entscheiden.
- Die Hamburgische Staatsoper wird immer wieder in der Öffentlichkeit als ein Beispiel für ein Mißverhältnis in der Förderung von traditioneller und alternativer Kulturpolitik dargestellt. Bei einer ausschließlichen Betrachtung der Mittelverteilung im Rahmen des Haushalts ist das richtig, dennoch ist die F.D.P. der Auffassung, daß die Hamburger Staatsoper ihren Rang erhalten muß.
- Die eingeleitete Filmförderung ist weiterzuführen.
- Museen sollen den eingeschlagenen Weg, neue Besucher durch attraktive Veranstaltungsformen und pädagogische Dienste an Kultur heranzuführen, weiterverfolgen und ausbauen können.
Der Museumsentwicklungsplan ist zu Ende zu führen. Die Museen sollen verpflichtet werden, magazinierte Bestände soweit wie möglich an öffentliche Institutionen auszuleihen.
- Im Bereich der Musik ist - neben Erhaltung und Wahrung der öffentlichen Institutionen (wie der drei Sinfonieorchester und der Ausbildungsstätten) - insbesondere das Wirken von Laiengruppen zu fördern. Besondere Aufmerksamkeit muß dabei Rock- und Popmusikgruppen zukommen, die gerade für junge Bürger von besonderer Bedeutung sind.

Auftritts- und Proben-Möglichkeiten sind für Existenz solcher Gruppen von Wichtigkeit. In diesem Zusammenhang ist auch ein langfristiges Nutzungskonzept für das renovierte Theater am Spielbudenplatz (Operettenhaus) zu entwickeln.

- Die Staatliche Jugendmusikschule ist schrittweise auszubauen. Ziel dieser Maßnahmen muß sein, die Wartelisten abzubauen, um den nachgewiesenen Bedarf an Musikunterricht erfüllen zu können.
- Charakteristische Bauten und Milieueinseln sind zu erhalten. Dies gilt insbesondere für die Speicherstadt. Dafür müssen die gesetzlichen Bestimmungen für den Denkmal- und Milieuschutz weitestgehend ausgeschöpft werden (Gestaltungssatzung). Auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten darf Unwiederbringliches nicht verloren gehen.

Kulturpolitik als Künstlerförderung

- Im Zusammenhang mit Stadt-sanierungsmaßnahmen und Neubauvorhaben sollen geeignete Räume als Ateliers bereitgestellt und die Ansiedlung von Künstlern einschließlich Kunsthandwerk verschiedener Ausprägung ermöglicht werden.
- Für Berufsanfänger aller Kunstsparten sollen die Startchancen verbessert werden, denn für Künstler gibt es kein "Laufbahnrecht". Daher ist ein tragfähiges System der Stipendienvergabe zu schaffen. Vorhandene Ansätze sind fortzuentwickeln. Parallel zu dem Stipendienprogramm "Auswärtige Künstler zu Gast in Hamburg" ist ein Modell zu entwickeln, das Hamburger Künstlern den Aufenthalt im Ausland ermöglicht.

- Kunstpreise und Wettbewerbe sollen so ausgestattet werden, daß sie auch jungen Künstlern eine faire Beteiligungschance bieten.
- Bei der Ausschreibung von Preisen ist zu berücksichtigen, daß es für Berufsanfänger meist wichtiger ist, über einen Geldpreis hinaus garantierte Präsentationsmöglichkeiten für das anschließende Jahr zu erhalten. Geeignet sind
 - + (Verkaufs-)ausstellungen
 - + Ausfallbürgschaften für Konzerte und Dichterlesungen
 - + Kunstmärkte

Kulturpolitik als Angebot zur Kommunikation

- Kulturelle Stadtteilarbeit soll Bedingungen schaffen
 - + für kulturelle und künstlerische Selbstbetätigung von Bürgern
 - + für Veranstaltungen jeder interessierten Gruppierung
 - + für Kulturangebote, die kritisches Bewußtsein stärken
 - + für kulturelles Tun, das zum Vergnügen und zur Sensibilisierung führt
- Die bisher geleistete Stadtteilarbeit soll daraufhin überprüft werden, ob alle Aktivitäten über den Kulturhaushalt finanziert werden müssen. Schularbeitenhilfe, Therapiegruppen, Lebenshilfegruppen leisten in bestem Sinne Sozialarbeit. Personalkosten verschlingen einen großen

Teil des Budgets. Andererseits können in Zeiten finanzieller Enge nicht unbegrenzt Mal-, Theater- und Musikurse staatlich finanziert werden. Teilnehmer solcher Kurse müssen hierfür auch Gebühren entrichten.

- Sowohl die stadtteilbezogenen Kommunikationszentren (z.B. "Motte" und "Honigfabrik") als auch die übergreifenden Zentren "Markthalle" und "Fabrik" besitzen eine große Anziehungskraft für jugendliche Besucher. Die F.D.P. will die unkonventionellen Kulturangebote dieser Zentren sichern, z.B. durch Entlastung bei den Raumkosten.
- Durch Kenntnis anderer Kulturen lassen sich Vorurteile und Intoleranz zwischen Ausländern und Deutschen abbauen. Dies ist der F.D.P. ein wichtiges Anliegen. Sie möchte deshalb die kulturellen Veranstaltungen von und mit Ausländern fördern (Theater, Festivals, Ausstellungen, Folklore und traditionelles Handwerk).
- Die Mittel für öffentliche Bücherhallen sollen nicht vermindert werden; dies gilt insbesondere für Bücherhallen in den Stadtteilen, in denen sie einen kulturellen Mittelpunkt darstellen.
- Die F.D.P. wendet sich gegen die Bürokratisierung der Kulturverwaltung und der Stadtteilkultur durch Einführung eines Kulturplaners oder von Kulturdezernenten in den Bezirken.

II. NEUE MEDIEN:
KABELANSTALT UND "OFFENER KANAL"

Das in Hamburg entstehende Netz aus Glasfaserkabeln - es wird schon im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft dringend benötigt - eröffnet in den nächsten Jahren die Chance, eine größere Zahl von Kanälen für Fernsehübertragungen zu nutzen.

Die Liberalen fordern die Schaffung einer vom NDR unabhängigen öffentlich-rechtlichen Kabelanstalt, die private, nicht aber kommerzielle Programmveranstalter zulassen soll. Hiermit können Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt gestärkt werden. Ein für alle Bürger und Gruppen offener Kanal kann zudem deren aktive Beteiligung am allgemeinen Kommunikationsprozeß erweitern. Die Unabhängigkeit von Staat, Parteien, Verbänden, Unternehmern und Einzelpersonen muß auch bei diesem neuen Medium gewährt sein. Die Einführung eines kommerziellen Rundfunks wird deshalb abgelehnt.

G. DAS LEBEN FREI GESTALTEN
LIBERALE ALS GARANTEN DER SELBSTVERWIRKLICHUNG

I. FAMILIÄRES ZUSAMMENLEBEN IN ALTEN UND NEUEN FORMEN

Für die F.D.P. ist Familienpolitik Bestandteil einer umfassenden Gesellschaftspolitik. Die heutigen gesellschaftlichen Bedingungen lassen sich jedoch nicht immer mit einem Familienbegriff nach traditionellem Verständnis verbinden. Aus liberaler Sicht muß Familienpolitik angesichts sich wandelnder Lebensverhältnisse für neue Formen und Inhalte offen sein.

Die F.D.P. wird neuen Formen des Zusammenlebens zur gesellschaftlichen Anerkennung verhelfen. Alleinerziehende Elternteile, Wohngemeinschaften, Lebensgemeinschaften ohne Trauschein sind Beispiele für neue Lebensformen. Alten- und Jugendwohngemeinschaften als Alternativen zum Leben in Heimen sind zu fördern.

Ziel dieser Familienpolitik ist, der Familie Hilfen in allen Lebensbereichen anzubieten, um ihre Vitalität und ihre Erziehungskraft zu stärken. Diese Hilfe muß Hilfe zur Selbsthilfe sein und darf nicht zur Bevormundung führen.

Die F.D.P. fordert im einzelnen:

- Die Möglichkeit der Teilzeitarbeit - auch in qualifizierten Berufen - muß für Mann und Frau ein fester Bestandteil des Arbeitslebens werden.
- Ein ausreichendes Beratungsangebot in Erziehungs- und Partnerschaftsfragen sowie für Familienplanung und Schwangerschaftsprobleme muß gewährleistet sein.

- Frauen- und Kindesmißhandlungen sind kein Kavaliersdelikt. Schweigen ist unverantwortlich. Unbürokratische Hilfe tut not.
- Die zentrale Meldestelle für Kindesmißhandlungen im Amt für Jugend muß bis in die späten Abendstunden besetzt sein.
- Unterbringung in alten und neuen familiären Formen hat Vorrang vor der Heimunterbringung.

II. FRAUEN UND GLEICHBERECHTIGUNG

Die Emanzipation der Frau hängt wesentlich ab von ihrem Selbstverständnis, von ihrer Haltung zur Gesellschaft und von der Haltung der Gesellschaft zu ihr. Sie hängt aber auch ab vom Wissen der Frauen, die gebotenen Möglichkeiten zu nutzen.

Die Hamburger F.D.P. tritt deshalb aktiv für die Aufhebung historisch gewachsener Rollenbilder von Frauen und Männern ein, als eine Voraussetzung zur Erreichung der vollen Gleichberechtigung.

Die F.D.P. fordert:

- ein Antidiskriminierungsgesetz
Es soll die grundgesetzliche Forderung nach gleichen Rechten von Mann und Frau sicherstellen. Mit diesem Gesetz ist eine Kommission einzurichten, die Fälle von Ungleichbehandlung prüft und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung ergreift.

- Ausbau der Leitstelle für die Gleichstellung der Frau.
Die bestehende Leitstelle ist in ihrer Arbeit zu fördern und mit größeren Kompetenzen auszustatten. Die Gleichstellungsstelle sollte gegenüber dem Senat bei Vorlagen, die wichtige Frauenfragen behandeln ein Einspruchsrecht haben. Dieses Einspruchsrecht muß jeweils öffentlich gemacht werden.
- Erziehung zur Partnerschaft.
Die Inhalte von Lehrbüchern und anderen Unterrichtsmedien sind im Hinblick auf die angestrebte Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft zu überarbeiten.
- Frauen mit Kindern ist die Teilnahme an Fortbildungs- und Berufsbildungsmaßnahmen zu erleichtern. Die vorübergehende Betreuung der Kinder muß sichergestellt werden, gegebenenfalls auch durch Aufnahme in ein Kindertagesheim. Auch die Männer sollen bei der Erziehung der Kinder gleichberechtigt werden können.
- In Hamburg sind die gesetzlichen Bestimmungen des § 218 auch künftig zu garantieren.
- Bei der Beratung des Schwangerschaftsabbruches sollen die Frauen über die unterschiedlichen Behandlungsmethoden aufgeklärt werden. Es ist auch sicherzustellen, daß sie erfahren, ob es sich um in der Erprobung befindliche Behandlungsmethoden handelt.

- Für Frauen, die längere Zeit nicht in ihrem erlernten Beruf tätig sein konnten sind Möglichkeiten zu schaffen, die ihren Einstieg in die Arbeitswelt erleichtern. Selbsthilfeinitiativen in diesem Bereich sind zu fördern.
- Die Anerkennung von Frauen, die in Frauenhäusern leben als Wohnungsnotfälle.
- "Frauenhäuser" sind für Frauen und Kinder, die aufgrund ihrer häuslichen Verhältnisse Schutz suchen müssen, notwendige Zufluchtsstätten. "Frauenhäuser" nur in Süderelbe, Rahlstedt, Altona und Uhlenhorst sind zu wenig.
- Gleiche Maßnahmen der Aus- und Fortbildung sowie qualifizierter Arbeit in den Strafanstalten für weibliche Gefangene, wie sie für Männer angeboten werden;
- Einrichtung einer sozialtherapeutischen Anstalt für Männer und Frauen sowie entlassungsvorbereitende Maßnahmen im Strafvollzug auch für Frauen.
- Schutz und Hilfe für Prostituierte in rechtlicher, sozialer und menschlicher Form, vor allem gegen die Bedrohung durch Zuhälter.
- Sicherstellung der Krankenversicherung für alle Prostituierten.
- Dies bedeutet insbesondere Hilfe bei der Lösung vom "Milieu" auch bei Krankheit durch :
 - + Hilfe bei der Bildung von Wohngemeinschaften
 - + durch soziale und psychosoziale Hilfen
 - + Einrichtung von Betreuungsstellen für Prostituierte und Unterstützung derartiger Einrichtungen freier Träger.

III. KINDER HABEN ANSPRUCH AUF EINE KINDERGERECHTE UMWELT

Die F.D.P. tritt für die Selbstverwirklichung aller Menschen - also auch der Kinder - ein. Unsere Gesellschaft jedoch engt die Freiräume der Kinder und damit ihre Entfaltungsmöglichkeiten immer mehr ein.

Kinder begegnen, obwohl sie Anspruch darauf haben, keiner kindgerechten Umwelt. Erwachsene bestimmen weiterhin nach ihren Maßstäben die Lebensräume der Kinder: vom Spielzeug bis zum Kinderzimmer, vom Kindergarten bis zur Schule und zum Krankenhaus.

Kinder brauchen Liebe und Geborgenheit. Das Streben nach Geld, Status und Karriere darf nicht auf Kosten mitmenschlicher Beziehungen und sozialer Verantwortung gehen. Kinder müssen ernst genommen werden: Eine Gesellschaft, die sich z.B. in Mietshäusern und Nachbarschaft gegen Kinder wehrt, darf sich nicht wundern, wenn sich später junge Menschen gegen die Gesellschaft wenden.

Im einzelnen fordert die F.D.P.:

- In allen Entbindungsstationen soll das ständige Zusammensein der Mutter mit ihrem neugeborenen

Kind möglich sein.

- Die Initiativen von Eltern, die im Wege der Selbsthilfe Kinderbetreuungsstätten einrichten oder "Tagesmütter/-väter" organisieren, sollen angeregt und gefördert werden.
- Können Kinder nicht bei den Eltern aufwachsen oder adoptiert werden, sollten sie vorrangig in Familienpflege gegeben werden.
- Privaten Vormundschaften ist Vorrang zu gewähren.
- Es sind weitere Spiel- und Abenteuerplätze unter Beteiligung der Eltern und Anwohner einzurichten und zu unterhalten; Spielstraßen in Wohnungsnähe sind anzulegen.
- Die F.D.P. setzt sich für eine echte Wahlfreiheit zwischen dem Besuch der vorhandenen Vorschulklassen und Kindertagesheimen oder-gärten ein.
- Verankerung eines gesetzlichen Mitgestaltungsanspruches der Eltern sowie des Personals in Fragen der inhaltlichen Konzeption und Arbeit in den Kindertagesheimen und Kindergärten.
- Ein Sanierungskonzept für die baulichen Verbesserungen in Kindertagesheimen von staatlichen und freien Trägern.

IV. DER JUGEND MIT VERTRAUEN BEGEGNEN

Jugendliche stehen im Reibungsprozeß zwischen Nicht-mehr-Kind-sein und Erwachsen-werden. Sie beklagen den Egoismus, den krassen Materialismus und das übersteigerte Konkurrenzverhalten in unserer Gesellschaft. Keine oder eine verfehlte Ausbildung verurteilen sie zur Arbeitslosigkeit.

Jugendliche können häufig ihre Freizeit nicht frei gestalten. Das Freizeitbedürfnis der Jugendlichen wird häufig kommerziell ausgenutzt. Freie Jugendinitiativen haben mit vielerlei staatlichen Vorschriften und bürokratischen Einschränkungen zu kämpfen.

Die Flucht in Drogen, Sekten oder Kriminalität sind Ausdrucksformen einer in unserer Jugend immer häufiger anzutreffenden Existenangst. Der Dialog mit den Erwachsenen, den politischen Verantwortlichen, scheitert am gegenseitigen Unverständnis.

Die organisatorische Zuordnung der Jugendpolitik der Jugend- und Sozialbehörde hat sich noch nicht zum Vorteil der Jugendpolitik ausgewirkt. Die Interessen der Jugendlichen müssen stärker gegenüber anderen Politikbereichen vertreten werden.

Die F.D.P. fordert eine Jugendpolitik, die Angst überwinden hilft, Vertrauen schafft, Motivation und Engagement fördert und genügend Freiräume für junge Menschen bietet. Den Bedürfnissen nach Zugehörigkeit und Geborgenheit muß entsprochen werden. Hier kommt der Tätigkeit von Selbsthilfegruppen, wie z.B. "Netzwerk" eine wesentliche Aufgabe zu.

Deshalb fordert die F.D.P. :

- Förderung freier Trägervereine für selbstverwaltete in Eigeninitiative geführte Jugend- und Kommunikationszentren.
- Zu prüfen, ob leerstehende oder freierwerdende Schulen und Gebäude als Einrichtungen für Jugendliche zu nutzen sind.
- Staatliche Häuser der Jugend den freien Jugendorganisationen oder Jugendinitiativen in eigener Trägerschaft anzubieten.
- Mitbestimmungsmöglichkeiten der Jugendlichen bei der inhaltlichen Konzeption und Personalfragen in Häusern der Jugend.
- Streetworker in Problemgebieten.
- Pädagogisch betreute Jugendwohnungen und -wohngemeinschaften in familienähnlicher Form als Alternative zum Heimaufenthalt.
 - Förderung von Selbsthilfegruppen für arbeitslose Jugendliche;
 - Fortschreibung des Jugendberichtes von 1973;
 - Aufstellung von Bezirksjugendplänen in Ergänzung des Landesjugendplanes.
- Für die Unterbringung besonders gefährdeter und nicht integrationsfähiger Jugendlicher muß auch weiterhin ein geschlossenes Jugendheim zur Verfügung stehen.
- Ausbau von exemplarischen Gedenkstätten (sachlich und personell) der nat. soz. Verfolgung und des Widerstandes gegen die Naziherrschaft in Hamburg, z.B. des KZ Neuengamme und des KZ Fuhlsbüttel;
- Besondere Veranstaltungen und Seminare über Ursachen und Erscheinungsformen des Rechts- und des Linksextremismus, insbesondere des Neonazismus für deutsche und ausländische Jugendliche - auch aus Landesmitteln;

Zur Bekämpfung der Suchtproblematik ist ein umfassendes, mit allen Beteiligten abgestimmtes Konzept sozialer, pädagogischer, therapeutischer, rechtlicher und polizeilicher Maßnahmen unerlässlich. Dazu gehört nach Auffassung der F.D.P. insbesondere:

- Ein umfassendes Forschungsprogramm über Ursachen für den zunehmenden Umfang von Suchtmittelkonsum, Drogensucht und Drogenkriminalität und über Erfolge präventiver und therapeutischer Maßnahmen;
- Zeitige Aufklärung und Informationen über die Gefahren aller Arten von Drogen (Alkohol, Nikotin, weiche und harte Drogen sowie Medikamente) unter Einbeziehung insbesondere der Eltern, Schulen und Jugendgruppen;
- Einen Drogenentzug, der auf dem eigenen Entschluss zur Therapie des Betroffenen beruht. Dafür sind insbesondere therapeutische Wohngemeinschaften und Selbsthilfeinitiativen ehemaliger Drogenabhängiger geeignet.
- Therapiemöglichkeiten in ausreichender Zahl und geeigneter Form bereitzustellen;
- Fachliche Qualifikation durch Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter in Beratungs- und Behandlungseinrichtungen sowie Selbsthilfegruppen;
- Den Nachsorgebereich auszuweiten und zu verbessern.

V. DAS ALTER AKTIV ERLEBEN

Die Entwicklung der Industriegesellschaft hat zur Ablösung der Großfamilie mit ihrem Drei-Generationen-Haushalt geführt. Dadurch ist eine weitgehende Trennung von Jung und Alt entstanden, die über die räumliche Distanz in vielen Fällen auch zu einem Rückgang der Beziehungen zwischen den Generationen geführt hat.

Die älteren Mitbürger haben durch ihre Leistungen die Voraussetzungen für die Chancen nachfolgender Generationen geschaffen. Sie haben, wie jeder Bürger, ein Recht auf Achtung, auf ein Leben in Würde.

Liberaler Altenpolitik fordert: Soviel Selbständigkeit wie möglich, so viel Betreuung wie nötig.

Auch im Alter muß es möglich sein, daß der Einzelne sein Leben persönlich und eigenständig nach seinen individuellen Wünschen gestalten kann.

Ein wichtiges Ziel liberaler Altenpolitik ist es deshalb, durch entsprechende Wohnformen, die den Bedürfnissen älterer Menschen hinreichend entsprechen, die Trennung der Generationen und eine Isolierung der Alterwerdenden so weit wie möglich zu vermeiden.

Teilstationäre Einrichtungen oder "Tageseinrichtungen" im Betreuungsbereich von Sozialstationen sollen den Einzug in Altenwohnungen sowie Alten- und Pflegeheime vermeiden und dort, wo dieser unumgänglich ist, vorbereiten helfen.

Dabei muß der ältere Mitbürger die Möglichkeit haben, seine Wohnung im Heim nach seinen Wünschen mitzugestalten.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Umwandlung und Ausbau von Altentagesstätten zu selbstverwalteten Gemeinschaftszentren, in denen Gruppen verschiedenen Alters Kontakte zueinander aufnehmen können; von der räumlichen, inhaltlichen und personellen Ausgestaltung her die Eigeninitiative gefördert; die Betätigung in unterschiedlichen Interessengebieten angeregt und ermöglicht wird und durch gezielte Vermittlung von Informationen und Wissen eine aktive Vorbereitung auf das Alter möglich wird;

- Verstärkte Altenbildung und -Beratung im Rahmen der allgemeinen Erwachsenenbildung;
- Einführung des "Probewohnens" in Altenheimen für potentielle Heimbewohner;
- Modellhafte Erprobung der ambulanten Inanspruchnahme der therapeutischen Dienste eines staatlichen oder gemeinnützigen Alten- oder -pflegeheimes durch in der Nachbarschaft lebende ältere Bürger;
- Strikte Anwendung der behördlichen Aufsichtspflichten nach dem Heimgesetz, regelmäßige Kontrollen ohne Voranmeldung unter Beteiligung des Heimbeirates und von Alteninitiativen;
- Stärkere Berücksichtigung der psychosozialen Ausbildungsinhalte gegenüber den pflegerischen;

- Verbesserung der behördlichen Information, insbesondere über die Rechte der Heimbewohner und über die Hilfsmöglichkeiten gemäß dem Bundessozialhilfegesetz
- Mehr Rechte für die Seniorenbeiräte auf Landes- und Bezirksebene: Urwahl, Antragsrecht, Anhörungsrecht.
- Altenwohngemeinschaften und generationenübergreifende Wohngemeinschaften sind als sinnvolle Alternative zu Altenheimen zu fördern.
- Selbstorganisationen älterer Menschen sind organisatorisch und finanziell zu unterstützen.
- Schaffung von Möglichkeiten, daß in schweren Krankheitsfällen, Verwandte bei Bewohnern von staatlichen Alten- und Pflegeheimen Tag- und Nacht sein können.

VI. DIE BEHINDERTEN MITBÜRGER TREFFEN

- Den behinderten Kindern und ihren Eltern sind größere Hilfen als bisher anzubieten. Dies gilt insbesondere für die berufliche Eingliederung behinderter Jugendlicher.
- Die Transportdienste für Behinderte sind mit freien Trägern zu verbessern und Streichungen rückgängig zu machen.
- Bei der Beschäftigung von Behinderten muß der öffentliche Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorgehen. Die gesetzlichen Regelungen zur Beschäftigung von Behinderten müssen konsequent eingehalten werden.

- Für die in den "Werkstätten für Behinderte" Beschäftigten ist ein Entlohnungssystem einzuführen, mit dem der Bezug von Sozialhilfe grundsätzlich überflüssig wird.

VII. HOMOSEXUELLE AKZEPTIEREN

Die von der F.D.P. durchgesetzte Reform des § 175 StGB hat homosexuelle Erwachsene aus der Illegalität befreit. Die F.D.P. tritt weiterhin für die ersatzlose Streichung dieser Strafbestimmung ein.

Dieses ist ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung. Ziel muß es jedoch sein, gerade die noch vorhandene gesellschaftliche Diskriminierung abzubauen. Toleranz allein genügt nicht. Homosexuelle müssen in Ausbildung, Beruf und täglichem Leben als gleichwertig anerkannt werden.

Die F.D.P. bürgt dafür, daß sie in den Parlamenten jeden Fall von Diskriminierung aufgreifen und bekämpfen wird. Das gilt z.B. für die Abschaffung von "Rosa Listen" sowie jede Art von Bespitzelung. Darüber hinaus spricht sich die F.D.P. für selbstverwaltete Informations- und Beratungszentren für Homosexuelle, die Hilfen für die Betroffenen und ein aufgeklärtes Verständnis in der Öffentlichkeit vermitteln sollen, aus.

VIII. AUSLÄNDER: LEBEN MIT DEM KOFFER IN DER HAND?

Das Verhältnis zu unseren ausländischen Mitbürgern wird immer stärker bestimmt durch Haß und Angst. Der Anschlag auf das Hamburger Ausländer-Wohnheim Halskestraße im Jahre 1980 ist ein trauriger Höhepunkt, der sich nicht wiederholen darf. Ausländer

aller Volksgruppen und Deutsche stehen sich oftmals voller Unverständnis gegenüber. Der unübersehbare Dschungel an Zuständigkeiten von Behörden, Ämtern, Vereinen und Initiativen macht es dem Ausländer nicht leicht.

Ziel der F.D.P. ist es, unseren ausländischen Mitbürgern die Einbeziehung in das gesellschaftliche und politische Leben Hamburgs zu ermöglichen, ohne daß sie ihre nationale Identität aufgeben müssen.

Im einzelnen wird gefordert:

- Unterstützung und Initiierung solcher Aktivitäten, die geeignet sind, zum besseren Verständnis zwischen Ausländern und Deutschen beizutragen und ausländerfeindliche Ressentiments abzubauen. (Internationale Begegnungsstätten).
- Die hier lebenden Ausländer haben ein Recht auf politische Betätigung. Die Existenz radikaler Gruppen darf nicht zu einem generellen Verbot politischer Aktivität führen.
- Das aktive und passive Kommunalwahlrecht soll nach acht Jahren Aufenthalt allen ausländischen Mitbürgern gewährt werden.
- Keine Zugangssperre für Ausländer in Hamburger Ortsteilen zuzulassen.
- Aufgrund der besonderen Situation ausländischer Frauen und Mädchen:
 - + die Entwicklung von Deutschkursen, die an den Bedürfnissen der Frauen orientiert sind und ihre Lebensumstände einbeziehen.
 - + die Erweiterung des stadtteilbezogenen Angebots an Deutschkursen
 - + die Dolmetscherdienste zu erweitern auf Familienberatungsdienste, Krankenhäuser u.ä. .

Der Zustrom von Asylbewerbern in die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren stark zugenommen und hält unvermindert an. Hamburg hat dabei eine besondere Anziehungskraft.

Die F.D.P. bekennt sich zum Asylanspruch politisch verfolgter Ausländer. Das Grundrecht auf Asyl darf nicht ausgehöhlt werden. Jeder Asylsuchende hat den Anspruch auf ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren.

Vor diesem Hintergrund fordert die F.D.P.:

- Das Verfahren bei Asylanträgen muß beschleunigt werden. Die Rechte politisch Verfolgter dürfen dabei nicht eingeschränkt werden.
- Verstärkte Unterstützung freier Verbände und Initiativen, die in der Asylbewerber-Betreuung tätig sind.
- Die Abschiebung vor dem rechtskräftigen Abschluß des Asylverfahrens darf nicht vollzogen werden.
- Keine lagerähnlichen Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber in Hamburg zuzulassen.

IX. GESUNDHEIT: GEGEN DIE FLIESSBANDMEDIZIN

Liberaler Gesundheitspolitik setzt die aktive Mithilfe des Bürgers für seine Gesundheit voraus. Nach Meinung der F.D.P. hat der Staat die für gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung notwendigen Voraussetzungen zu planen und zu schaffen und denjenigen zu helfen, die sich selbst nicht helfen können. Hierzu gehört auch gesundheitliche Aufklärung, Vorsorge und Schutz vor Gefährdung der Gesundheit.

Mit der Wahl zur Bürgerschaft wird auch über die Zukunft von Hamburgs Krankenhäusern entschieden. Ihre Pflegesätze sind außerordentlich hoch. Dies ist eine Folge überholter Organisationsformen und zu großer Bettenzahlen. Die Organisationsformen sollten insbesondere durch flexiblen Personaleinsatz und besseres Management verändert werden. Beseitigung zu großer Bettenzahlen durch Bettenreduzierung; dabei gilt: Bei Bettenreduzierung sind nicht nur an jedem Haus einzelne Betten, sondern auch ganze Krankenseinheiten zu schließen.

Bei den Krankenhäusern muß das Verhältnis zwischen gemeinnützigen und staatlichen Trägern erhalten bleiben. Zur Reduzierung der hohen Pflegekosten sollten - wie mit der Nachsorgeklinik Bethanien geschehen - nach abgeschlossenem erfolgreichen Modellversuch weitere Krankenhäuser in Nachsorgekliniken umgewandelt werden. Der Modellversuch im AK Eilbek "Kein frühes Wecken" soll auf andere Häuser übertragen werden. Das Belegarztsystem muß ausgebaut werden. Zur Kürzung der Verweildauer sollte der fürsorgerische Dienst im Krankenhaus durch Umverteilung der Stellen erweitert werden.

Für den Krankenhaus-Bedarfs-Plan gilt neben den o.g. baulichen Voraussetzungen auch, daß die "flankierenden Maßnahmen" realisiert werden. Der Modellversuch ambulanter Notversorgung durch niedergelassene Ärzte wird durch die F.D.P. unterstützt.

Einem Überangebot an Ausbildungsplätzen im Kinderpflegebereich steht der Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten in der Altenpflege gegenüber. Um den steigenden Bedarf zu stecken, sollten vermehrt MTAs, Krankengymnasten und Altenpflegerinnen ausgebildet werden. Erforderlich ist für Hamburg die Einrichtung einer Schule für Beschäftigungstherapeuten.

X. GEGEN DAS ELEND DER PSYCHIATRIE VON GESTERN

Liberale fordern deshalb, eine größere Toleranz gegenüber abweichendem Verhalten und andersartiger Erscheinung muß erreicht werden. Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit dürfen nicht zur einzig akzeptierten Verhaltensnorm werden. Jede Art der Ausgliederung, des Ausstoßens, jede Art des Einschließens und des Zwangsverwahrens kranker Menschen ist inhuman und eines freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaates unwürdig.

Die durch die sogenannte Psychiatrie-Enquete eingeleiteten Reformbestrebungen dürfen nicht im Sande verlaufen. Die F.D.P. setzt sich für alle Vorhaben ein, die die Voraussetzungen für ein vollwertiges und eigenverantwortliches Leben der psychisch Kranken und geistig Behinderten schaffen können.

Die F.D.P. fordert:

- Die Entwicklung eines langfristigen Konzepts für die Neuordnung der psychosozialen Versorgung und einen jährlichen Bericht über die Umsetzung dieses Konzepts; die Überprüfung der Notwendigkeit des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten insbesondere auf die vorbeugende und nachgehenden Hilfen.
- Die Entwicklung eines gemeindenahen, ambulanten Versorgungsnetzes für die Einrichtung von psychosozialen Kontaktstellen mit folgendem Aufgabebereich:
 - + Unterstützung bei der sozialen und beruflichen Rehabilitation

- + Beratung und Betreuung von therapeutischen oder sonstigen Wohngemeinschaften, Selbsthilfegruppen oder Einzelpersonen.
- + Beratung und Betreuung von Familien oder Pflegefamilien mit Behinderten oder psychisch Kranken.
- + Krisenintervention
- + Organisation von Patientenclubs und Tagesstätten.

Die F.D.P. fordert:

- Die schrittweise Auflösung bestehender Großeinrichtungen zugunsten ambulanter Versorgung.
- Für eine bedarfsgerechte Versorgung im stationären Bereich die Entwicklung von
 - + besonderen Abteilungen für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Alterspsychiatrie,
 - + psychiatrischen Abteilungen an allgemeinen Krankenhäusern und an dem Vollzugskrankenhaus,
 - + halbstationären Plätzen (Tages- und Nacht-klinik) für den abgestuften Übergang in die Selbständigkeit bzw. zur Verhinderung einer stationären Aufnahme.

Zur Vermeidung von Behinderungen fordert die F.D.P.:

- Mehr Aufklärung über das Angebot der Rötelschutzimpfung
- Mehr Aufklärung über das Angebot von Schwangerschaftsvorsorgeuntersuchungen
- Mehr Aufklärung über Folgen von Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenmißbrauch, insbesondere in der Schwangerschaft.

- darüberhinaus sind ausreichend genetische Beratungsstellen einzurichten

Zur Suchtbehandlung (Alkoholranke, Medikamenten-Drogenabhängige) werden weiter vorbeugende Maßnahmen gefordert. Im Rahmen der Familienfürsorge, des Sozialdienstes im Krankenhaus, der Werksfürsorge am Arbeitsplatz (Betriebe und Industrie) und eine verstärkte Aufklärung in den Schulen.

Die F.D.P. fordert:

- Die Zuweisung von chronisch Kranken darf nicht die Fortsetzung der Verwahrrpsychiatrie bedeuten. In Wohneinheiten und Heimen sind ausreichende soziale und ärztliche Beratung und die Möglichkeiten zu geregelten und sinnvollen Tätigkeiten zu schaffen (Werkstätten, Freizeiteinrichtungen).
- mittelfristig sind die bestehenden Heime zugunsten von gut erreichbaren Wohneinheiten aufzulösen. Sie sind in verschiedenen Formen zu organisieren-therapeutische Wohngemeinschaften, zusammenhängende Komplexe von separaten Wohnungen, Wohndörfer.
- In allen Versorgungsbereichen sind die räumlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen, damit die aus therapeutischen Gründen erfolgversprechendsten Behandlungen durchgeführt werden können.
- In der Therapie dürfen keine allein der Disziplinierung und Verwahrung dienenden Maßnahmen angewandt werden.

Die F.D.P. fordert:

- Reform des Vormundschafts- und Pflschaftsrechts durch Einführung eines abgestuften Systems

von Betreuungsverhältnissen, Erleichterungen von Bemündigungen;

- Reform der Leistungsabrechnung, damit eine fachübergreifende integrierte Betreuung überhaupt erst möglich wird durch therapeutische Teams aus Ärzten, Psychologen, Sozialarbeitern u.a.,
- Schaffung von Mindestarbeitsbedingungen in Arbeitstherapie-Verhältnissen, Ablösung der bisherigen Arbeitsbelohnung durch ein echtes Entgelt;

- Die Einsetzung eines Beauftragten für Psychiatrie vergleichbar dem Datenschutzbeauftragten (Wegfall der Kommission nach § 40 PsychKG)
- jede Einrichtung erhält einen eigenen Beirat
 - + Der Kontakt zwischen Beirat und Patient darf nicht behindert oder zensiert werden.
 - + Die Beiräte sind an keine Weisungen gebunden.

XI. SPORT, SELBSTVERWIRKLICHUNG OHNE BEVORMUNDUNG

Der Sport, eine Möglichkeit der aktiven Freizeitgestaltung; erreicht in unserer sich verändernden Umwelt eine ständig wachsende Bedeutung in der Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Der Sport erfüllt damit eine wichtige Funktion in unserer Gesellschaft.

Die vielen hunderttausend Sportler in Hamburg zeigen ebenso wie die noch größere Zahl der Zuschauer und Sportinteressenten, daß Sport Freude an der Bewegung, am Spiel und der persönlichen Leistung bereitet. Sport bietet somit Möglichkeiten

gegen Vereinsamung, für Eingliederung und Kommunikation. Durch Sport werden Bürger aller Schichten, Altersstufen und Nationen zusammengeführt.

Die F.D.P. räumt dem Sport in Hamburg einen hohen Stellenwert ein. Deshalb ist es eine wesentliche Aufgabe des Staates, den Schul-, Jugend- und Freizeitsport sowie den Breiten- und Leistungssport zu fördern. Die Unabhängigkeit des Sports muß dabei stets gewahrt bleiben. Die öffentliche Hand soll ihre vornehmliche Aufgabe darin sehen, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit Pläne und Vorstellungen des Sports zu unterstützen, Anregungen und Hilfen zu geben, sich veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Im einzelnen fordert die F.D.P.:

- Der vorgesehene Sportunterricht in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen muß tatsächlich stattfinden.
- Der Behindertensport muß von allen Beteiligten stärker unterstützt werden. Die Sportprogramme und -richtlinien sind daraufhin zu überprüfen.
- Ausbau der Breitensportmöglichkeiten an den Hamburger Hochschulen.
- Mehrfachnutzung von Sportstätten durch Schulen, Sportvereine und Freizeitsportler muß organisatorisch sichergestellt werden.
- Grundüberholung und Instandsetzung von vorhandenen Sportanlagen muß in den kommenden Jahren Vorrang vor Neubauten/Neuanlagen erhalten.
- Keine Super-Eissporthalle, aber im Interesse des Jugend-, Breiten- und Freizeitsportes ein Konzept für weitere Eishallen in den Bezirken.

- Verbesserung der Möglichkeiten zum Fahrradwandern.
- Gleichberechtigte Berücksichtigung von Erholung, Spiel und Sport beim Ausbau von stadtnahen Naherholungsgebieten (z.B. Elbe-Dove-Gebiet).
- Fortschreibung des Sportrahmenplans
- Die Nutzungszeiten in den Sportstätten sind zu erweitern, insbesondere in den Ferien, Wochenenden und an den Feiertagen.